

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Männer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beifüllgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningk, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
heute in Hamburg.

Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Befenbinderhof 56.

Schluß der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreigesparte Politik oder deren Raum 30.-.

## Verbandskollegen! Agiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Halte Eueren im Lofinkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Die englische Arbeiterbewegung. — Ein neues antisemitisches Buch über Arbeit und Kultur. — Politische Umstöße. — Erledigte Rohrbemerkungen. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Die Lage in Wien. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Berichte. Auszug aus dem Protokoll des Einigungsausschusses für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. — Centralratentscheid. — Von Bau. — Aus anderen Berufen. — Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Verschiedenes. — Eingeg. Schriften. — Briefposten. — Anzeigen. — Feuilleton.

„New Unionism“ kam ein neues vorwärts treibendes Element in das englische Gewerkschaftswesen, das sich nun, wenn auch langsam, so doch aber stetig in die Richtung zu einer auch politisch selbständigen Arbeiterbewegung fortentwickelt. Die ganzen Jahre zeigen Spuren des Kampfes zwischen den alten, auf die liberale Theorie und Praxis schwörenden, und den jungen sozialistisch denkenden Gewerkschaftsführern. Das Vorbringen des letzteren läßt sich von Stufe zu Stufe verfolgen. Im Jahre 1890 erklärte sich der Gewerkschaftskongress zu Liverpool für den gesetzlichen Abschlußtag — die Abneigung gegen die „Staatshilfe“ war überwunden! Der Kongress zu Norwich im Jahre 1894 erklärte sich schon für die Verstaatlichung aller Produktionsmittel! Auf dem internationalen Sozialistenkongress zu Zürich waren die Trades-Unions offiziell vertreten!

Sehr war diese Entwicklung nicht nur das Werk des „New Unionism“, die industrielle Monopolstellung Englands auf den Weltmarkt schwand durch das Wachstum der großen Industrie auf dem Festlande, vornehmlich in Deutschland, und mehr und mehr. Und diese Situation erzeugte jene, den Gewerkschaften so sensible Stimmung in den Kreisen der Kapitalisten, die sich dann natürlich auch auf die Regierung und Verwaltung übertrug. Da die Stelle des „friedlichen Ausgleichs“ traten erbitterte Kämpfe (Kampf der Maschinenbauer 1897), an die Stelle der Begünstigung, wenn man den Ausdruck anwenden kann, der Gewerkschaften durch die Regierung, traten Verurteilungen auf Grund sozialistischer Gesetzesauslegungen; die den Gewerkschaften die Grundlage zum Kampf mit den Unternehmern zu entziehen drohten. Wir erinnern an die Urteile, die die Gewerkschaftsklassen für den Schaden haftbar machen, der den Unternehmern durch Streiks entsteht. Hierpon ist die Entscheidung des Taff Vale-Streiks durch das Haus der Lords am bedeutsamsten. Hier haben wir den Boden, dem heilige Erfahrungen, die wir am Anfang unserer Darstellung erwähnt haben, entsprochen sind.

Wir resümieren noch einmal zusammenfassend: Durch das Schwinden der Monopolstellung der englischen Industrie verringerte sich die Profitrate der Unternehmer, die Tätigkeit der Gewerkschaften ward für sie fühlbarer und lästiger. Sie fingen an, die Gewerkschaften zu bekämpfen. In diesen Kampf trat die Regierungsgenossen auf ihre Seite, indem sie durch die erwähnten Urteile die Gewerkschaften verboten.

Es kann keine Frage sein, daß die Situation für die Trades-Unions geradezu untragbar wurde. Durch die Urteile waren sie in ihrer Aktionstruktur ganz bedeutend geschwächt, ihr Ansehen sank. Die Gläubiger unter den Arbeitern, denen die Gewerkschaften bis dahin als der Weltgeist lebter Schlüssel gegolten hatten, erkannten ihre Ohnmacht der neuen Situation gegenüber. Die Werkeleistung der Gewerkschaften war dahin. So erklärt es sich, daß ihre Mitgliederzahl seit 1901 einen zwar geringen aber doch regelmäßigen Verlust erlitten hat.

Im Jahre 1901 betrug diese insgesamt (nach den Angaben des englischen Arbeitsamtes, wobei gegeben im Reichs-Arbeitsblatt, Jahrgang 1906, Heft 3) 1940874. Drei Jahre später, am Schlusse des Jahres 1904 dagegen 1866755. Das ist eine Abnahme von 74119, ungefähr 4 p.ßt. Die Abnahme ist also nicht besonders groß, aber immerhin zu groß, um ihre Bedeutung abzuprächen. Nach dem Vorhergesagten erklärt sie sich ja auch sehr leicht. Wie jede ernsthafte Massenbewegung, bedarf auch die Gewerkschaftsbewegung eines realen Fundaments, des materiellen Interesses, an ihrem Fortbestande. Da das reale Fundament der englischen Gewerkschaften, die Vertretung der materiellen Interessen ihrer Mitglieder, durch die erwähnte Rechtsprechung so arg gefährdet war, so war es nur zu natürlich, daß dadurch ihre Entwicklung ungünstig beeinflußt wurde.

Folgende Tabelle veranschaulicht die rückläufige Entwicklung deutlich genug. Von den einzelnen Berufsgruppen führen wir

die Gruppe unserer Verbandskollegen, der Bauarbeiter besonders an, die gleichfalls einen erheblichen Anteil an dem Mitgliederverlust hat. Gegen das Jahr 1900, wo ihre Organisation den Höhepunkt erreicht hatte, haben sie 28481 Mitglieder verloren, während es seit 1901, dem Höhepunkt der Gesamtheit aller Gewerkschaften, 24026 sind. An dem Gesamtverlust partizipiert sie also mit ungefähr 32 p.ßt., während ihre Mitgliederzahl nur 12 p.ßt. der Gesamtmitgliederzahl beträgt. Die Bauarbeiterorganisationen haben also besonders stark gelitten.

Jahr	Mitglieder aller Gewerkschaften	Davon entfallen auf das Baugewerbe
1895	1415846	180519
1896	1502739	193643
1897	1624035	215632
1898	1661360	232778
1899	1821666	250654
1900	1928894	253962
1901	1940874	249507
1902	1928617	245649
1903	1904580	238446
1904	1866755	225481

Von der Gesamtmitgliederzahl entfallen auf die verschiedenen Berufsgruppen: Bergbau usw. 501248, Metall-, Maschinen- und Schiffbauindustrie 335908, Textilindustrie 221694, Bekleidungsindustrie 55525, Transportgewerbe 154206 und andere Gewerkschaften 369693.

Außer der Verminderung ihrer Mitgliederzahl tritt weiter hierbei die Steigerung ihrer Ausgaben für Unterstützungszeiten auf. Hierüber gibt die Statistik über die Finanzbedarfung der 100 größten Gewerkschaften recht deutlichen Aufschluß. Die 100 größten Gewerkschaften hatten:

Jahr	Mitglieder am Jahresende	Einnahme	Ausgabe	Betragen am Jahresende
1895	907496	1641502	1877852	1711733
1896	957010	1654130	1916391	2149472
1897	1056617	1978942	1903239	2290175
1898	1031297	1901111	1485228	2636058
1899	1107724	1828049	1265198	3208909
1900	1149937	1937041	1452096	3693854
1901	1155133	2031075	1631613	4093316
1902	1152834	2077640	1790975	4379981
1903	1139559	2086529	1905585	4560925
1904	1127529	2097470	2042165	461230

\* = Pfund Sterling = M. 20.

Von den Gesamtausgaben entfallen im Jahre 1904 auf Streikunterstützung 6,2 p.ßt., auf Arbeitslosenunterstützung 31,7 p.ßt., auf solche bei Krankheit 18,8, im Alter 18,1 p.ßt., bei Begehrissen 4,7 p.ßt., auf andere Unterstützungen noch 5,1 p.ßt. Also über 70 p.ßt. entfallen lediglich auf Unterstützungen. Wie sich einzelne Unterstützungen im Laufe der Jahre bewegt haben, zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Arbeitslosenunterstützung	Streikunterstützung		Kranken- und Unfallunterstützung
		%	p.ßt.	
1895	416784	80,3	197236	14,8
1896	262148	21,5	188835	13,9
1897	329567	17,8	659042	34,6
1898	287724	16,1	328615	22,1
1899	188068	15,0	119474	9,5
1900	263231	18,1	149056	10,8
1901	327765	20,1	204540	12,5
1902	424046	28,7	217976	12,2
1903	509673	26,7	172417	9,1
1904	647722	31,7	126446	6,2

Die Bewegung ist in allen drei Fällen verschoben. Die Arbeitslosenunterstützung ist mäßig angestiegen, die Streikunterstützung erheblich zurückgegangen und die Krankenunterstützung ist sich so ziemlich gleichgeblieben.

## Ein neues antiklerikales Buch über Arbeit und Kultur.

I.

Das im Verlage der Zeitung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands Ende vorigen Jahres erschienene Buch „Arbeit und Kultur“ von Karl Frohme hat bekanntlich eine Bestätigung seines Werkes dadurch erfahren, daß die klerikale Presse, hauptsächlich die in den Kreisen der katholischen Arbeiter verbreitete, heftige Angriffe gegen es richtete. Sieht doch der Verfasser in scharfem Gegensatz zu der Weltanschauung des Clerikalismus, zu der katholischen Dogmenlehre, betreffend Welt und Menschen und zu dem Mißbrauch, der mit dieser Lehre gegen die naturwissenschaftliche Forschung, wie gegen die Interessen der Arbeit und den Kulturfortschritt Jahrhunderte hindurch getrieben worden ist und noch getrieben wird. Weil Frohme in völliger Übereinstimmung mit der wahren Wissenschaft nicht glaubt an die „Errettung“ und Beherrschung der Welt und des Menschen durch einen Gott; weil er ihre Entstehung und Entwicklung aus natürlichen Kräften und Gesetzen folgert; weil er nicht glaubt an die Abhängigkeit des Menschen und seines Daseins von einer „ göttlichen Unnach“ im Sinne des theologischen Dogmas; weil er die Arbeit in ihrem natürlichen Wesen als die große unsterbliche Macht, der alle Kultur entspringt, eracht und schätzt; weil die Tendenz seines Buches alles in allem darauf gerichtet ist, der Menschheit und ihren Interessen ein menschlich gerecht zu werden — deshalb haben klerikale Blätter, um der Überzeugungskraft seiner Ausführungen zu begegnen, ihm den abdrückenden Vorwurf der „Unwissenschaftlichkeit“ gemacht und bloßen Hohn und Spott über ihn ergossen, der darauf berechnet ist, der lieben Dummett und Unwissenheit zu imponieren.

Die klerikalen „Bolscheleiter“ können diesen Kritik-Humbug fürsegen an einem soeben unter dem Titel „Die Technik als Kulturkraft in sozialer und geistiger Beziehung“ erschienenen Buch\*, dessen Verfasser, Ulrich Wendt, der ehemalige Direktor der Reichsbibliothek in Berlin, nicht der „gottlosen“ Sozialdemokratie angehört, aber doch im wesentlichen der Weltanschauung und den Annahmen des Clerikalismus gegenüber demselben Standpunkt einzuhalten, den Frohme in seinem Buche einnimmt. Von denselben Grundgedanken wie dieser geleitet, wirdigt er die Bedeutung der Technik als Kulturkraft. Und zwar, wie es verständigerweise nach der Lehre der Tatsachen nicht anders sein kann, durchaus materialistisch, unter entschiedener Zurückweisung der Annahme einer willkürlich wirkenden Gottheit. Er zeigt, wie alle bewußte Arbeit in letzter Linie das Ergebnis der Einwirkung des Geistes auf die Natur ist. „Durch die Technik wird die menschliche Arbeitskraft fortgesetzt vergrößert.“ — „Der steigende Geist erkämpft sich im Staat wie

\* Berlin 1906. Verlag von Georg Reimer.

## Bauarbeiterforderungen an die deutsche Nationalversammlung 1848/49.

Ich durchblättere einen Stock vergilbter Seiten: Die Berichte des Ausschusses für Volkswirtschaft der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main 1848/49. Da steht ich auf merkwürdige Wünsche und Forderungen, die diesem der Revolution des sogenannten „tolten Jahres“ entsprungenen kurzlebigen Parlament aus Vollstreichen unterteilt worden sind. Da fesselt die „Petition einer Anzahl Ein gesessener von Reichenbach in der Pfalz“ mein Interesse. Darin wird u. a. verlangt:

1. Vorsorge für Beschäftigung und Verdienst der armen Leute (Arbeiterklasse); 2. Sicherstellung der Mindestvergütungen von Straßen-, Eisenbahnen, Brücken und Kanälen usw.; solche Bauten sollen unter Leitung von Distrikts- und Sektionsaufsehern unmittelbar durch die Arbeiterklasse in Ausführung kommen.“ Also die Forderung des Regie-Pausch in präzisester Form. Siehe eins sehr beachtenswertes Datum. Meigt man doch im allgemeinen der Ansicht zu, diese Forderung sei erst der modernen Arbeiterbewegung entwachsen.

Der Ausschuss sagt in seinem Bericht, es sei zweifelhaft gewesen, ob dieser Antrag nicht eigentlich an die einzelnen Landesregierungen zu richten sei, um so mehr, als einzelne Regierungen, „namlich Preußen und Sachsen, bereits zu Gunsten der bei Bauten der bezeichneten Art beschäftigten Arbeiter Gesetze erlassen haben“. Gemeint sein können nur wenige Verordnungen, die an und für sich recht belanglos sind und in der Hauptstadt sogenannte Pauschalarbeiten regulieren. Der Ausschuss glaubte jedoch auf den Antrag eingehen zu müssen, „weil er sich nicht auf das Verhältnis der Arbeiter in einem bestimmten Staate, sondern in ganz Deutschland bezieht“ und „die Arbeiterfrage für ganz Deutschland sehr wichtig ist“ und die Ansichten in dieser Frage sehr auseinandergehen. Es wird dann in dem Berichte ausgeführt:

Die Arbeiten bei Bauten der bezeichneten Art seien sehr mannigfaltig; sie kommen teils schon bei den Anfertigung und Bearbeitung der Materialien (Holz, Steine usw.), teils bei den handwerksmäßigen Leistungen, teils als reine Taglöhnerarbeiten (Erdarbeit, Wasserbewältigung usw.) vor. Die Art und Weise, wie Bauten der Art zur Ausführung kommen, sei ebenfalls sehr mannigfaltig, der Bau könne in Gängen oder in Sektionen an Hauptunternehmer, die Anlieferung der Materialien, die handwerksmäßigen Arbeiten, Teile der Bauausführung können für sich und ge-

persönliche und die politische Freiheit.“ — „Der befreite Mensch verlässt das soziale Leben und verdeckt die Kultur.“ Auch ihm steht es fest, daß alle kulturellen Erfolge nicht das Geschenk einer Gottheit sind, sondern nur im Kampfe mit der Natur errungen werden. Und er hat aus der Geschichte gelernt, daß „nicht moralische Vorrichtungen“ — die zu geben ja gerade die Theologie als ihrem „göttlichen Beruf“ entsprechend erachtet — „den Menschen besser“, sondern die langsame, andauernde Entwicklung an der Hand der Technik.“

Auf einen Zustand der Tierheit des Menschen hinzuweisen, aus dem er sich entwickeln müsse, ist wie wir aus den Kritiken der Beurteilungshüter gegen Frohmes Buch wieder ersehen haben, nach der Auffassung des Clerikalismus eine „Verhöhnung der Religion“, ein „gotlessischer“ Widerspruch gegen die theologische Lehre, daß „Gott den Menschen nach seinem Ebenbild erschaffen“ hat. Auch Wendt macht sich dieser „Sünde“ schuldig. Er sagt:

„Jeder Mensch ist in erster Linie ein Tier, ein unbewusster Techniker, in zweiter Linie ein bewusster. Erst wenn die technischen Bedingungen erfüllt sind, wenn die materielle Grundlage geschaffen ist, können sich die anderen Triebe entfalten. Die Technik schafft, aus denen dann neue Aufgaben für Staat und Gesellschaft hervorwachsen. Die Technik schafft die Grundlage neuer edlerer Kultur, indem sie sich zwingen läßt, auf eine rationnelle Handhabung bei Produktion bedacht zu sein. Der unverborene Mensch ist von Natur nicht böse“ (die Theologie behauptet konformlich mit ihrer Lehre von der Erbsünde das Gegenteil), „er ist nur tödlich und gefühllos. Wenn die materielle Kultur ihm die gleichen Vorteile im Wege einer feineren Gestaltung bietet, die er bisher durch einen Akt der Grausamkeit nur zu erreichen wußte, dann leistet er auf die Grausamkeit Verzicht.“

Nach dem theologischen Dogma ist dem Menschen der Geist von Gott gegeben, und nach den gegen Frohmes Buch gerichteten Kritiken der klerikalen Presse ist es „unwissenschaftlich“, das nicht zu glauben.

Wendt aber sagt:

„Aus den Abstraktionen an dem großen Lebensprozeß in der Natur erwächst dem Menschen das erste Material für die Tätigkeit des Denkens. Vermöge dieses Denkens greift er nunmehr ein in den Prozeß und schafft die Technik. Aus den technischen Vorgängen erwachsen neue Abstraktionen, neues Material für die Aufführung und das Denken. Die Folge ist ein erneutes Eindringen in die Vorgänge der Natur, aber mit gezieltem Demuthsein und mit geläutertem Blick. Hieraus entsteht eine neue, höhere Form der Technik. An dieser Wechselwirkung zwischen Natur und Geiste entzündet sich das Denkvermögen, bildet sich die Vernunft. Durch die vermehrten Einsichten wird auch das Geschickliche beeinflusst und vertieft, und mit der materiellen wird auch die geistige Kraft gehoben.“

sondert erfolgen; und alles dieses könne geschehen entweder durch Verding aus freier Hand oder durch öffentliches Ausgebot an die Mindestforderenden; in allen Fällen würden die Arbeiter entweder gegen Tagelohn oder nach Alfordägen abgelohnt. Sollte man zunächst letzteres fest, so entstehe die Frage: „Was für den Arbeiter vorstellbar ist, in Tagelohn oder gegen Alfordägen zu arbeiten?“

Der Ausschuss, sich an die landläufigen Theorien kapitalistischer Nationalökonomie haltend, meint: „Im allgemeinen müsse die Alfordarbeit als vorstellbar anerkannt werden“. Denn: „Hierdurch allein wird der Arbeiter in stand gestellt, durch Fleiß und Umstöße sich einen höheren Verdienst als den gewöhnlichen Tagelohn zu verschaffen; sehr oft haben Arbeiter durch Alfordägen statt eines Tagelohns von vielleicht 12 Gr. einen Verdienst von 1 Taler bis 1 Taler 8 Gr.“ Von den mit dem höheren Verdienst verknüpften schlimmen Wirkungen einer wilden Alfordarbeit weiß der Ausschusshbericht nichts zu melden. Nur eines Umstandes gedient er: Es sei „nicht in Abrede zu stellen, daß der Arbeiter bisweilen, namentlich bei Erdarbeiten, den Umgang der Arbeit nicht zu widerstehen versteht, ja, daß von seiner Unkenntnis bisweilen ein unerlaubter Nutzen gezogen wird.“ „Alein“ — so heißt es weiter — „diesem kann die Reichsregierung nicht entgegenstehen, ohne in den Fehler des Subjekts einzutreten, ohne in eine Verwirrung des Arbeiters zu verfallen. Abgesehen davon, daß sich dies mit der angestrebenden freien Bewegung nicht vereinigt, würde der Fleißige und Umstötige, der sich im Stande fühlt, in Alford mehr zu verdienen als den Tagelohn, sehr leicht gegen den anderen zurückgestellt werden.“ Die Regel sei, daß der Arbeiter, um den Umgang der Arbeit zu würdigen, erst eine Zeitlang in Tagelohn arbeitet, ehe er die Alfordägen erreichbar.“ Rätschlich stellt der Bericht die Behauptung auf, daß alle Arbeiten, die in Alford verrichtet werden können, dem Arbeiter einen größeren Verdienst als den gewöhnlichen Tagelohn zu gewähren im stande, mithin für ihn vorstellbar sind.“

Aus diesem höchst willkürlichen und tendenziös konstruierten Gesichtspunkte entscheidet der Ausschuss die Frage nach der Regiearbeit und zwar darin: „Es könnte zwar den Anschein gewinnen, als ob der Unternehmer, der seinen Gewinn bei der Ausführung sucht, eher geneigt sei, den Arbeiter, wie man sagt, zu drücken, als den Bauherrn. Alein dieses ist nur anzunehmen, sofern in Wirklichkeit besteht dasselbe Wechselsverhältnis, dieselbe Abhängigkeit zwischen den Arbeitern und dem Bauherrn oder dessen Distrikts- und Sektionsaufsehern wie zwischen den Arbeitern und den Unternehmern. Auch die Distrikts- und Sektionsaufseher suchen mit den Säcken, die im Un-

ben anderen Formen des geistigen Lebens. Heute gehen Wissenschaft und Technik im allgemeinen Hand in Hand.“ Die Technik gab der Wissenschaft das Papier und den Buchdruck, sie fertigte die wissenschaftlichen Instrumente, die photographische Kamera und das Mikroskop; sie gibt vor allem aber durch Wohnung, Nahrung und Kleidung auch dem Gelehrten erst die Grundlage für seine Tätigkeit, sie ermöglicht ihm erst, in wissenschaftlicher Richtung zu wirken. Die Wissenschaft dagegen zeigt der Technik neue Wege, sie zeigt das geheimnisvolle Spiel der Kräfte und die Wahrnehmungskräfte der Erde. Deshalb macht Wendt die Männer der Wissenschaft, beständig an die Praxis zu denken. Denn wie Leibniz und Kant — und so viele andere Männer der Wissenschaft — urteilen: alle Wissenschaft hat zum Zweck die Glückseligkeit der Menschheit.

Wir erwähnten schon, daß der Verfasser — und auch in diesem Punkte können wir auf übereinstimmende Ausschreibungen in Frohmes Buch verweisen — alle Veredelung des Menschen aus der Technik, aus der Arbeit ableitet. Hierzu bemerkt er noch, die eigentliche Quelle des sozialen Fortschritts liege in den sozialen Veränderungen, welche die Technik schafft, aus denen dann neue Aufgaben für Staat und Gesellschaft herwachsen. Die Technik schafft die Grundlage neuer edlerer Kultur, indem sie sich zwingen läßt, auf eine rationnelle Handhabung bei Produktion bedacht zu sein. Der unverborene Mensch ist von Natur nicht böse“ (die Theologie behauptet konformlich mit ihrer Lehre von der Erbsünde das Gegenteil), „er ist nur tödlich und gefühllos. Wenn die materielle Kultur ihm die gleichen Vorteile im Wege einer feineren Gestaltung bietet, die er bisher durch einen Akt der Grausamkeit nur zu erreichen wußte, dann leistet er auf die Grausamkeit Verzicht.“

Nach dem theologischen Dogma ist dem Menschen der Geist von Gott gegeben, und nach den gegen Frohmes Buch gerichteten Kritiken der klerikalen Presse ist es „unwissenschaftlich“, das nicht zu glauben.

Wendt aber sagt:

„Aus den Abstraktionen an dem großen Lebensprozeß in der Natur erwächst dem Menschen das erste Material für die Tätigkeit des Denkens. Vermöge dieses Denkens greift er nunmehr ein in den Prozeß und schafft die Technik. Aus den technischen Vorgängen erwachsen neue Abstraktionen, neues Material für die Aufführung und das Denken. Die Folge ist ein erneutes Eindringen in die Vorgänge der Natur, aber mit gezieltem Demuthsein und mit geläutertem Blick. Hieraus entsteht eine neue, höhere Form der Technik. An dieser Wechselwirkung zwischen Natur und Geiste entzündet sich das Denkvermögen, bildet sich die Vernunft. Durch die vermehrten Einsichten wird auch das Geschickliche beeinflusst und vertieft, und mit der materiellen wird auch die geistige Kraft gehoben.“

Schlag für den Bau ausgeworfen sind, auszureichen oder gegen dieselben zu ersparen und sich einen Nutzen zu verschaffen. Daher sind die vorgekommenen Klagen ebenso oft gegen die Aufsichter des Bauherrn, wie gegen die Hauptunternehmer gerichtet gewesen.“ Es wird also hier mit kurzen Worten gelagt, daß das öffentliche Wesen, das Bauarbeiten unternimmt bzw. direkt ausführt, die Ausbeutung der Arbeiter, ihre Abfindung mit möglichst niedrigem Lohn genau so betreibt, wie der private Unternehmer.

Nur in gewissen Fällen, bei Bauarbeiten, die unternommen werden lediglich zu dem Zweck, um Arbeiter zu beschäftigen bei Notstandsarbeiten, will der Bericht die Mindestförderung ausgeschlossen wissen. Wenn aber öffentliche Anstalten (Staat und Gemeinde) oder Allgemeinschaften „gewissermaßen genötigt“ seien, die Bauten an den Mindestförderungen zu verbinden, so sei dieses „der einzige Weg, der die oft vorkommenden Verdächtigungen in den wegen Begünstigung einzelner Meister ausgleicht; der sicherste Weg, um bei freier Konkurrenz den wahren Preis festzustellen“. Und das liege auch im Interesse der Arbeiter, weshalb über die Petition zur Tagessordnung überzugehen sei.

Hier haben wir den ersten Fall einer parlamentarischen Erörterung der Fragen der Regiearbeit und der Alfordarbeit. In ihr werden alle die Erklärmmer und falschen Schlüsse der kapitalistischen Volkswirtschaftsschulen offenbar, mit der die Arbeiterschaft auch heute noch zu rechnen hat. Der Unterschied ist nur der, daß die Arbeiter von heute, dank ihrer Organisation in wirtschaftlichen Fragen viel aufgeklärt sind, als ihre Klassengenossen vor mehr als einem halben Jahrhundert es sein könnten. Doch hatten jene die für sie so schlimmen Wirkungen des Submissionswesens bereits erkannt. Und bei ihrer Forderung, die Regiearbeit einzuführen, gingen sie von der Voraussetzung aus, daß man unter diesem System ihnen bessere Löhne als zu zahlen werde, als der Submissionsunternehmer ihnen zahlte. Die Gründe, die der volkswirtschaftliche Ausschub des Frankfurter Parlaments gegen die Regiearbeit geltend gemacht, sind wesentlich dieselben, die noch heute den Arbeitern vorgehalten werden, um den Segnungen der freien Konkurrenz keinen Abbruch zu tun. Wie dieser „Segen“ unter dem Submissionswesen sich gestaltet hat, brauchen wir hier nicht näher auszuführen. Die Frage, über die das Frankfurter Parlament zur Tagessordnung überging, steht für die bauwirtschaftliche Arbeiterschaft der Gegenwart mit auf der Tagessordnung, und sie wird nicht davon verschwinden, bis sie ihre den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft entsprechende Lösung gefunden hat.

Und damit ist der Weg der Kulturrevolution, völlig unabhängig von der Herrschaft einer Gottheit, absolut sicher gegeben. Im Altertum, im Mittelalter, in der neuern und neuesten Zeit, im ganzen Verlaufe der Geschichte sehen wir die gleiche Entwicklung: die Freiheit folgte der Technik; der Begriff der Menschenrechte und die reine, höhere Sittlichkeit, alle Verteilung der Menschen, jede Neugestaltung der sozialen Einrichtungen hat zur Grundlage die Arbeit.

### Politische Umschau.

Den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Gewährung einer Entschädigung an die Mitglieder des Reichstags, hat der Reichstag am 16. Mai in dritter Beratung definitiv erledigt. Die Beschlüsse, die in zweiter Beratung auf den Grundsatz der Kommissionsschlüsse gefasst worden waren, haben noch einige Abänderungen erfahren, und zwar im Punkt der Auszahlung der Aufwandsentschädigung von insgesamt M. 3000 jährlich. Diese Summe wird am 1. Dezember mit M. 200, am 1. Januar mit M. 300, am 1. Februar mit M. 400, am 1. März mit M. 500, am 1. April mit M. 600, und am Tage der Vertragung oder Schließung des Reichstages mit M. 1000 zahlbar.

Diese Abänderung wurde auf Antrag des Abgeordneten Grüber (Zentrum) durch eine erhebliche, auch die Sozialdemokraten und die Freisinnigen in sich fassende Mehrheit beschlossen, auf Grund der zutreffenden Erwägung, daß solch eine Verteilung der Haushaltsummen der Einteilung der Arbeitsleistung des Reichstags besser entspricht, als die in zweiter Lesung beschlossene. Die übrigen Beschlüsse zweiter Beratung blieben unverändert. Schließlich wurde in nameinlicher Abstimmung zunächst die Änderung des § 28 der Reichsverfassung mit 150 gegen 119 Stimmen angenommen. Die Blockzettel, unter Führung des Zentrums, haben der Entstaltung, der die weiteren Wohlstrebe gegen diese Steuern Ausdruck gegeben, so geschritten. Ihre Beschlüsse treffen den von ihnen so heiß umworbenen „Mittelstand“ nicht minder schwer wie die Klasse der Lohnarbeiter. Weder einmal haben diese „staatsbehaltenden“ Elemente bewiesen, daß sie eine gerechte Steuerei politisch nicht zu haben sind. Das bürgerliche Geschäfts- und Lantimenteuer, zu der sie sich verstanden haben, ist für sie nur Dekoration, die über die Ungerechtigkeit des Hauptteils der sogenannten Finanzreform hinwegtäuschen soll. Ein Brödchen-Gerechtigkeit gegenüber einem Vorteile von Untreue! Dieselbe Majorität nahm dann auch noch die Flottenvorlage, zu deren Durchführung die neuen Steuern hauptsächlich mit dienen sollen, in dritter Lesung an.

Zur dritten Beratung des Staats des Reichsamt folgenden Antrag eingebracht:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch das Reichsversicherungsamt feststellen zu lassen, ob in den Unfallverhütungsvorschriften der Knappfachsfabrikationsgenossenschaft für die Grubenbetriebe Feuerwehr-einrichtungen und Rettungsapparate vorgeschrieben sind, durch die Katastrophen der Art wie die in den Schächten von Courrières verhindert werden.

Sollte festgestellt werden, daß ausreichende Sicherheit nicht gegeben ist, dann möge das Reichsversicherungsamt die Knappfachsfabrikationsgenossenschaften im Aufsichtsweg anhalten (§ 112 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes), schneidet die Unfallverhütungsvorschriften entsprechend zu ergänzen und ihre strengste Beachtung auf allen Gruben zu erzwingen.

Ein „ordnungspolitisch“ denkender Mann ist der Leibnant der Ortskrankenkasse für die Bauernwerke in Passau, Josef Maier. Er bittet, in einer von der Petitionskommission des Reichstags berateten Eingabe: dem Krankenversicherungsgesetz Bestimmungen einzuführen, nach welchen der Rechnungsleiter des Stabs und Stimme im Kassenvorstand erhalten und die Rechnungsleiter der Ortskrankenkassen nur mit Genehmigung der Kassenräte behörde ange stellt oder entlassen werden könnten; außerdem sei eine Dienstordnung zu beschließen, durch welche die Kreisverschäftsämter und allgemeine Aufstellungsbedingungen der Krankenfestsbeamten geregelt würden, und diese Dienstordnung müsse der Bestätigung des Reichs-Versicherungsamtes unterliegen.

Der Petent führt aus, daß nach seinen Erfahrungen als Leibnant der Arbeiter in den Kassenvereinen den Kassenbeamten gegenüber ihre Macht übermäßig zur Geltung bringe, so daß der Beamter der Arbeiter des älteren Arbeiters sei; es kämen Leute in den Vorstand und werden selbst erste Vorsitzende, die kaum ihren Namen schreiben könnten und denen die geringste Schulbildung fehle. Unter solchen Verhältnissen sei es nicht wunderbar, wenn die einfließigeren Elemente aus den Arbeitgebervereinen von den Ortskrankenkassen nichts wissen wollten und das Amtchen der Kasse herabgemildigt werde. Würde der Rechnungsleiter der Kasse für den Arbeiter entschuldigt, so werde mancher Beamter, der bis jetzt gewogene Einsicht mit den Sozialdemokraten liefe, sich dann von selbst zurückziehen. Darauf, daß die Beamten der Kasse für den Arbeiter überlassen seien, seien zum Teil die heutigen Zustände bei den Ortskrankenkassen verschuldet, wobei Petent betont, daß die sozialdemokratischen Arbeiter eher schlummernd als die Sozialdemokraten wirtschafteten; die letzteren nähmen weniger ihre Genossen in Schuß, und so treibe man die Kassenbeamten mit Gewalt in die Reihen der Sozialdemokratie.

Dahinter steht die Meinung, daß die Kassenbeamten ähnlich Erfahrungen gemacht haben, wie Herr Josef Maier sie gemacht haben will, darüber ist bis jetzt nichts bekannt geworden. Wenn der Herr mit seinen Behauptungen recht hat, so hat man es doch nur mit einem völlig vereinzelt dastehenden Zustand zu tun. Sollte die Passauer Bauarbeiterkasse wirklich so ungeheuer rückständig sein, daß dort Leute in den Kassenvorstand gewählt werden, die nicht die geringste Schulbildung haben und kaum ihren Namen schreiben können? Darüber ist Auklärung erforderlich. Passau liegt doch nicht in Niedersachsen, sondern in Bayern, im Bezirkamt München, wo obligatorischer Volksschulunterricht besteht. Mag derjelche unter der Herrschaft der Sozialdemokratie noch so viel zu wünschen übrig lassen, — so schlecht ist er sicher nicht, wie er nach der Behauptung des Herrn Josef Maier erscheint.

Die Kommission hat beschlossen, die Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Wir aber mögen unsere Verbandsmitglieder in München

wünsche, daß aus der Einführung der Anwesenheitsgelder bei Sozialdemokratie kein Nutzen, sondern Schaden entstehen wird.

In dummester Weise hätte Herr Bassermann seine und seiner Partei Billigung zum Diätengeley nicht „rechtschaffen“ können. Von einer „gewissen Abhängigkeit“ der sozialdemokratischen Abgeordneten von der Zentralversammlung unter dem Begriffe der Diätenlosigkeit zu sprechen, ist lächerlich ohnegleichen! Und ebenso lächerlich sind die Hoffnungen und Wünche Bassermans, die auf eine „Schädigung“ der Sozialdemokratie durch die Diäten setzen. Der Herr hat ordnungspolitische Narren getrieben, die ein nettes Pendant zum Geschwätz der Staudy und Kardorff abgeben.

Der Bundestag hat in seiner Sitzung vom 16. Mai den Beschlüssen des Reichstages in dritter Beratung seine Zustimmung ertheilt; er hat das Gesetz nicht daran scheuen lassen, daß den Abgeordneten Freizeit auf den deutschen Eisenbahnen während der Dauer der Session (große Verlagerung ausgeschlossen) gewährt wird.

Sonnenburg, den 19. Mai, führte der Reichstag die dritte Beratung der sogenannten Reichsfinanzreform mit damit diese festzu Ende. Was sie dem Volke an neuem „Segen“ bringt, wissen unsere Leher. Das „arbeiterfreundliche“ Zentrum, die Konseriativen und die Nationalsozialen hatten einen „Blod“ gebildet, um den Massen neue Steuern und ungerechte Lasten aufzubürden: die erhöhte Biersteuer, die Zigarettensteuer, die Fabrikantensteuer. Letztere wurde in namentlicher Abstimmung mit 150 gegen 119 Stimmen angenommen. Die Blockzettel, unter Führung des Zentrums, haben der Entstaltung, der die weiteren Wohlstrebe gegen diese Steuern Ausdruck gegeben, so geschritten. Ihre Beschlüsse treffen den von ihnen so heiß umworbenen „Mittelstand“ nicht minder schwer wie die Klasse der Lohnarbeiter. Weder einmal haben diese „staatsbehaltenden“ Elemente bewiesen, daß sie eine gerechte Steuerei politisch nicht zu haben sind. Das bürgerliche Geschäfts- und Lantimenteuer, zu der sie sich verstanden haben, ist für sie nur Dekoration, die über die Ungerechtigkeit des Hauptteils der sogenannten Finanzreform hinwegtäuschen soll. Ein Brödchen-Gerechtigkeit gegenüber einem Vorteile von Untreue!

Dieselbe Majorität nahm dann auch noch die Flottenvorlage, zu deren Durchführung die neuen Steuern hauptsächlich mit dienen sollen, in dritter Lesung an.

Zur dritten Beratung des Staats des Reichsamt folgenden Antrag eingebracht:

Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch das Reichsversicherungsamt feststellen zu lassen, ob in den Unfallverhütungsvorschriften der Knappfachsfabrikationsgenossenschaft für die Grubenbetriebe Feuerwehr-einrichtungen und Rettungsapparate vorgeschrieben sind, durch die Katastrophen der Art wie die in den Schächten von Courrières verhindert werden.

Sollte festgestellt werden, daß ausreichende Sicherheit nicht gegeben ist, dann möge das Reichsversicherungsamt die Knappfachsfabrikationsgenossenschaften im Aufsichtsweg anhalten (§ 112 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes), schneidet die Unfallverhütungsvorschriften entsprechend zu ergänzen und ihre strengste Beachtung auf allen Gruben zu erzwingen.

Ein „ordnungspolitisch“ denkender Mann ist der Leibnant der Ortskrankenkasse für die Bauernwerke in Passau, Josef Maier. Er bittet, in einer von der Petitionskommission des Reichstags berateten Eingabe: dem Krankenversicherungsgesetz Bestimmungen einzuführen, nach welchen der Rechnungsleiter des Stabs und Stimme im Kassenvorstand erhalten und die Rechnungsleiter der Ortskrankenkassen nur mit Genehmigung der Kassenräte behörde ange stellt oder entlassen werden könnten; außerdem sei eine Dienstordnung zu beschließen, durch welche die Kreisverschäftsämter und allgemeine Aufstellungsbedingungen der Krankenfestsbeamten geregelt würden, und diese Dienstordnung müsse der Bestätigung des Reichs-Versicherungsamtes unterliegen.

Der Petent führt aus, daß nach seinen Erfahrungen als Leibnant der Arbeiter in den Kassenvereinen den Kassenbeamten gegenüber ihre Macht übermäßig zur Geltung bringe, so daß der Beamter der Arbeiter des älteren Arbeiters sei; es kämen Leute in den Vorstand und werden selbst erste Vorsitzende, die kaum ihren Namen schreiben könnten und denen die geringste Schulbildung fehle. Unter solchen Verhältnissen sei es nicht wunderbar, wenn die einfließigeren Elemente aus den Arbeitgebervereinen von den Ortskrankenkassen nichts wissen wollten und das Amtchen der Kasse herabgemildigt werde. Würde der Rechnungsleiter der Kasse für den Arbeiter entschuldigt, so werde mancher Beamter, der bis jetzt gewogene Einsicht mit den Sozialdemokraten liefe, sich dann von selbst zurückziehen. Darauf, daß die Beamten der Kasse für den Arbeiter überlassen seien, seien zum Teil die heutigen Zustände bei den Ortskrankenkassen verschuldet, wobei Petent betont, daß die sozialdemokratischen Arbeiter eher schlummernd als die Sozialdemokraten wirtschafteten; die letzteren nähmen weniger ihre Genossen in Schuß, und so treibe man die Kassenbeamten mit Gewalt in die Reihen der Sozialdemokratie.

Dahinter steht die Meinung, daß die Kassenbeamten ähnlich Erfahrungen gemacht haben, wie Herr Josef Maier sie gemacht haben will, darüber ist bis jetzt nichts bekannt geworden. Wenn der Herr mit seinen Behauptungen recht hat, so hat man es doch nur mit einem völlig vereinzelt dastehenden Zustand zu tun. Sollte die Passauer Bauarbeiterkasse wirklich so ungeheuer rückständig sein, daß dort Leute in den Kassenvorstand gewählt werden, die nicht die geringste Schulbildung haben und kaum ihren Namen schreiben können? Darüber ist Auklärung erforderlich. Passau liegt doch nicht in Niedersachsen, sondern in Bayern, im Bezirkamt München, wo obligatorischer Volksschulunterricht besteht. Mag derjelche unter der Herrschaft der Sozialdemokratie noch so viel zu wünschen übrig lassen, — so schlecht ist er sicher nicht, wie er nach der Behauptung des Herrn Josef Maier erscheint.

Die Kommission hat beschlossen, die Petition dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Wir aber mögen unsere Verbandsmitglieder in München

ersuchen, festzustellen, ob die Behauptungen des Petenten begründet sind oder nicht.

**Zentrumsführer und christliche Gewerkschaften.**天然に wurde vor dem Schöffengericht zu Augsburg verhandelt gegen die verantwortlichen Redakteure zweier sozialdemokratischer Blätter, der „Münchener Post“ und der „Schwäbischen Volkszeitung“. Sie sollen die Vorstandsmitglieder einer gelben Gewerkschaft dadurch beleidigt haben, daß sie die Gründung dieser Organisation als einen „Verrat an der Arbeit“ bezeichneten. Die „gute Sache“ der Zentrumsführer vertrat in der Verhandlung ein herborragendes Mitglied Weißert, der tonangebendes Mitglied des ultramontanen Missionsausschusses in Augsburg ist. Er polemisierte gegen die Gewerkschaften genau so, wie es rücksichtslos die Charaktere tun: die ganze Tafel der Gewerkschaften sei auf die Förderung des guten Gewerbes zwischen Unternehmern und Arbeitern gerichtet; ihre Forderungen sollten bewirken, daß die deutsche Industrie konkurrenzfähig gemacht werde, wie die Industrie der englischen Industrie durch die Schul der englischen Gewerkschaften passiert sei. Die Gewerkschaftsbewegung wolle die Arbeiter nur zu willenlosen Werkzeugen in der Hand politischer Agitatoren machen, die ebenso wie die Journalisten immer oben schwärmen. Er bedauerte, daß die christlichen Gewerkschaften sich der Tafel der Sozialdemokraten anschließen; statt sich auf den Standpunkt zu stellen, den „Stand XIII.“ in seiner herrlichen Enzyklika vertritt habe. Deswegen würden sie beim Werk Augsburg auch nicht anerkannt. Moralisch sei der Standpunkt der Arbeiter willigen der besseren. Die Enzyklika des „heiligen Vaters“ erkennt bekanntlich das Recht der Arbeiter, dem Herrnenten besser Lohn und Arbeitsbedingungen aburingen, nicht an; sie verurteilt den Kampf der Arbeiter gegen das Kapital und will, daß die Arbeiter „um Gottes willen“ sich der Autorität des sogenannten Broderen folgen — ein Standpunkt, der so absurd ist, daß selbst christliche Arbeiter, wenn sie es ernst nehmen mit der Wahrung ihrer Interessen, ihn nicht teilen können. Der Reichsanzwalt Weißert hat den christlichen Gewerkschaften eine klischeeartige Ohrfeige versetzt. Werden sie darüber in gebührender Weise quittieren?

**Eine Bill gegen die Einwanderung: „Arbeitswillige“ in England, die vom englischen Unterhause angenommen worden war, ist am 17. Mai vom Oberhaus mit 98 gegen 24 Stimmen abgelehnt worden. Diese Bill, durch die verhindert werden soll, daß Fremde nach England kommen, um die britischen Arbeiter während eines Auslands zu erlegen, war im Unterhause von Sir Harvie (Arbeiterpartei) eingeführt und dort ohne Einprud in allen Sitzungen angenommen worden. Das Mitglied des Oberhauses, Beardale, beantragte in der Sitzung dieses Hauses vom 17. Mai die zweite Lesung und wies auf die Bedeutung eines deutlichen Blattes hin, daß es ein Stand für englische Arbeiter sei, daß sie den Hamburger Rechten während des letzten Streiks Beistand leisteten. Die Bill sei eingedacht worden, um nicht in England ein Gefühl aufzustimmen zu lassen, ähnlich dem, das der Zugzug englischer Arbeiter zum Erste für Ausländer in Deutschland herborgerufen habe. Marquis of Lansdowne erklärte, wenn die Regierung die Verantwortlichkeit für die Bill übernehme, die einen neuen und wichtigen Grundstock darstelle, so werde die Opposition im gegenwärtigen Stadium die Bill annehmen, sonst aber werde sie für Ablehnung der Bill stimmen. Da jedoch von der Regierung die Übernahme der Verantwortlichkeit für die Bill abgelehnt wurde, so wurde diese vom Hause verworfen.**

Im Unterhause verurteilten jedoch mehrere Mitglieder der Arbeiterpartei darf dies Vorgehen des Hauses des Lords und führen darüber Beschwerde, daß die Regierung nicht die Verantwortung für die Maßregeln übernommen habe. Die Redner fragten die Regierung, was für Maßnahmen sie zu ergriffen gedenke. Whitley schaffte aus, der Gesekunst sei eine Maßnahme im privaten Interesse. Über ein künftiges Vorgehen der Regierung müsse die Frage an den Premierminister Campbell-Bannerman selbst gerichtet werden. Dies wird geschehen.

**In Frankreich haben am 6. und 20. Mai die Wahlen zur Kammer (Reichstag) stattgefunden. Die Reaktionäre aller Schattierungen sind mit großen Hoffnungen in den Wahlgang gezogen; besonders die klerikale Monarchisten, die sich in Frankreich „national“ und auch „liberal“ nennen, glauben auf Grund der sozialengagierten Kämpfe um die Trennung der Kirche vom Staat die republikanische Regierungsmehrheit für sich zu können. Sie sollen sogar versucht haben, revolutionäre Gewerkschaften in ihren Dienst zu ziehen. Alle Auswirkungen der Dreielfächer waren aber vergeblich, schon in der Hauptstadt am 6. Mai erlangte der republikanische „Blod“ eine sichere Mehrheit, die durch die Stichwahlen noch bedeutend verstärkt worden ist. Auch die Sozialisten haben erhebliche Fortschritte gemacht; leider stehen hier aber Einschätzungen immer noch mehrere Sozialisten abseits von der geringsten sozialdemokratischen Partei, sonst würde das Potenzial der Arbeiterschaft noch viel stärker zum Ausdruck kommen.**

In ganz Frankreich (mit Kolonien) werden 501 Deputierte gewählt. Davor gehören nach den bisherigen Mitteilungen etwa 80 zu den geringsten Sozialisten, 115 zu den „Sozialistisch-Nationalen“, 105 zu den „Nationalen“ und 80 zu der republikanischen Linie. Die Mehrzahl der übrigen Deputierten, darunter auch ein Fabrikarbeiter der gelben Gewerkschaften, wird den Reaktionären zugerechnet. Die republikanische Mehrheit ist aber unter allen Umständen sicher. Eine andere Frage ist es, ob die Mehrheit genug ist, umreihende Arbeiterräte zu lösen. Bisher hat sich das französische Parlament in dieser Beziehung genau so unstrichbar gezeigt, als unter heimatlicher Reichstag.

**Erledigte Volksbewegungen in der Zeit vom 1. Januar bis 30. April 1906.**

\* Partelle Streiks liegen vor, wenn bei einzelnen Unternehmen die Arbeit eingeschafft werden müsste, weil sie die gefrorenen Verschärfungen (Müller's) oder die Augsflammliste ohne geeignete Verschärfung (Müller's) nicht ganz allein in der Hand des Angestellten seien. Um „Augenstreit und Klubstreit“ handelt es sich, wenn die Kasse für eine Kassenabteilung einzuhalten und die Unternehmung gegen die Unternehmer diejenigen, die den Kampf durch Auskörterung beginnen, wie die Abhandlungssperre stellen die Arbeit ein, dann ist die Bewegung als „Augenstreit und Klubstreit“ zu bezeichnen. Sechzehn Städte bedeuten Verfolgung, wogegen die Strafe Vereinigung, der letzte freie.

Name des Lohnbezirks		Forderungen				Die Forderungen wurden erledigt												Durch die Bewegung wurde erreicht						Unfosten der Streik- und Auss- sperrungen nach vorläufiger Vereinbarung
		Unter- gebr. gebröden- der	Unter- nehmer	Stun- den- lohn	Arbeits- zeit	Anderes	ohne Arbeitseinstellung und zwar durch	In den Sätzen	durch Arbeitseinstellung und zwar	Bohnenförderung	Befreiung	Erfolg	Wurde ein Zwischen- vertrag ab- geschlossen?	Stunden	pro Tag	Woch-	Stunden	pro Tag	Woch-	Stunden				
Jahr	Monat	Geissen	Stunden	Stunden	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22							
1	2	3	4	5	6	7	8	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22				
<b>Gau Berlin.</b>																								
Großens	80	21	178	35	—	1	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	—	—	—	1		
Dreier	10	2	38	40	—	—	/	—	—	—	—	—	—	—	4	38	80	—	—	—	—	—	1	
Eisenerwerba	10	4	65	36	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	41	1	6	6	—	—	—	1	
Erfuer	15	2	33	62 <sup>1</sup>	9	—	/	—	—	—	—	—	—	—	7 <sup>1</sup>	7 <sup>1</sup>	1	1	—	—	—	—	—	
Fürstenberg	22	3	72	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	45	—	—	—	—	—	—	—	
Gr. Wester	7	3	25	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	30	—	—	—	—	—	—	—	
Gr. Kreuz	7	6	40	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	48	43	—	8	—	—	—	—	
Gr. Janee	20	3	29	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Guben	1	15	370	45	9 <sup>1</sup>	—	/	—	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	—	—	—	—	—	
Heiningendorf	2	2	20	65	65	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Hohenbork	7	6	130	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	20	22 <sup>1</sup>	5	3	—	—	—	—	
Wilkow	12	5	29	36	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10	40	—	—	—	—	—	—	—	
Mitteneimel	8	3	25	60	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	35	85	1	6	6	—	—	—	
Oranienburg	15	16	200	60	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	20	—	—	—	—	—	—	—	
Reppen	3	8	37	37 <sup>1</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	20	—	—	—	—	—	—	—	
Schönovo	8	3	23	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	60	—	—	—	—	—	—	—	
Schneidemühl	1	8	140	47	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	—	—	—	
Schwedt a. d. O.	22	6	34	43	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	25	—	—	—	—	—	—	—	
Schwerin a. d. B.	7	5	79	87	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Seddin	6	3	11	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	—	—	—	—	—	
Senftenberg	16	10	268	43	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	45	—	—	—	—	—	—	—	
Spandau	20	88	820	75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Tempiz	10	6	65	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Trebbin	30	5	84	50	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	25	—	—	—	—	—	—	—	
Velten	7	5	125	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	25	—	—	—	—	—	—	—	
Wittenberg	16	21	284	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	—	—	—	—	—	
Wittstock	18	7	114	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	—	—	—	—	—	
Wusterhausen a. d. Oder	11	3	47	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Zehdenick	19	8	128	50	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
<b>Gau Bremen.</b>																								
Berne	2	6	24	45	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	12	1	6	—	—	—	—	
Brinkum	3	13	50	45	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Delmenhorst	2	16	320	55	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Gude	2	2	12	47 <sup>1</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 <sup>1</sup>	25	—	—	—	—	—	—	—	
Welle	1	6	96	85	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Norden	4	10	50	42	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	—	—	—	
Norderney	1	9	80	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2 <sup>1</sup>	25	—	—	—	—	—	—	—	
Nordenham	8	7	150	53	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Orte	12	16	77	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	25	—	—	—	—	—	—	—	
Verden	1	5	60	48	9 <sup>1</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Westerstede	11	8	15	42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	25	—	—	—	—	—	—	—	
<b>Gau Goslar.</b>																								
Göttingen	3	17	530 <sup>1</sup>	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	—	—	—	
Großalmerode	1	1	15	42	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	40	—	—	—	—	—	—	—	
<b>Gau Köln.</b>																								
Koat b. Solingen	1	8	82	56	9 <sup>1</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
<b>Gau Dortmund.</b>																								
Bodum (Fliesenleger)	1	5	16	75	9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15	75	—	1	7	7	—	—	—	
Dinslaken	4	7	46	53	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	13	—	1	7	7	—	—	—	
Dörtern	4	5	45	48	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	12	—	1	6	6	—	—	—	
Duisburg	1	43	460	58	9 <sup>1</sup>	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Duisburg (Fliesenleger)	1	1	6	35	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	6	37	—	1	4	4	—	—	—	
Münster	1	58	745	52	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	37	—	3	4	4	—	—	—	
<b>Gau Erfurt.</b>																								
Allstedt	17	8	150	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Außenstadt	1	10	80	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	—	—	—	
Eilenach	1	20	430	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	60	—	—	—	—	—	—	—	
Eilenach-Creuzburg	1	3	40	37 <sup>1</sup>	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	12	—	1	6	6	—	—	—	
Pelkra	2	2	24	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	1	6	6	—	—	—	
Leutenberg	1	1	35	35	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	22	—	1	6	6	—	—	—	
Broßigkella	1	2	40	38	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2	—	1	6	6	—	—	—	
Kuhla	1	3	65	42	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	1	6	6	—	—	—	
Saalfeld a. Saale	1	14	125	45	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	1	6	6	—	—	—	
Waltersdorf	1	2	65	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4	12	—	6	6	6	—	—	—	
Wojungen	1	8	28	32	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3	30	—	1	6	6	—	—	—	
<b>Gau Frankfurt a. M.</b>																								
Egelsbach	1	5	19	50	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6	16	—	1	6	6	—	—	—	
Ensenheim-Bergen	2	5	27	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	—	—	—	
Erbachheim	1	4	25	48	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	20	—	—	—	—	—	—	—	
Erbachsen	1	4	18	45	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5	50	—	—	—	—	—	—	—	
Binsheim	1	3	6	50	—	—	—	—</td																

\*In Marburg arbeiteten  $\frac{1}{3}$  der Beschäftigten 11 Stunden täglich.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zugang von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Maurer:

**Hansastädte:**  
Büchelstorf i. Lübeck (Sperre über unterschiedliche Unternehmer der Umgegend), Stierkade und Umgegend (Differenzen);

**Schleswig-Holstein:**  
Meldorf, Süderbrarup (Streiks), Ahrensburg (Differenzen), Bramstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen);

**Mecklenburg:**  
Schwerin, Güstrow (Bauarbeiterstreiks), Sülfze (Sperre über Hollendorf), Ratzburg, Röbel (Streik), Lage (Sperre über Kortzf), Klütz (Aussperrung);

**Pommern:**  
Gollnow (Sperre über Küster und Thews), Stralsund (Streik), Cöslin (Sperre über H. Schütter), Demmin, Greifswald (Aussperrung);

**Ost- und Westpreussen:**  
Konitz, Vandsburg (Aussperrung), Marienwerder (Aussperrung in Rehberg b. M.), Goldap, Memel, Pr. Stargard (Streiks);

**Posen:**  
Krotoschin-Freyhan (Streik);

**Schlesien:**  
Breslau (Differenzen), Hirschberg-Cunnersdorf (Aussperrung), Oppeln, Niesky, Ostrowo, Göttelsberg, Bernsdorf O.-L. (Streiks);

**Brandenburg:**  
Wittenberge (Aussperrung), Fürstenwalde, Alt-Karbe, Forst, Schwedt, Treuenbrietzen (Streiks), Berlin (Zementanbranche), Sperre über O. Stüwe), Trebitzsch (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Freienwalde, Lychen, Guben (Bauarbeiterstreiks), Strasburg in der Uckermark (Sperre über E. Henschel);

**Provinz Sachsen:**  
Mühlberg a. d. E., Ammendorf (Streiks), Wolmirstedt und Umgegend (Differenzen);

**Königl. Sachsen:**  
Leipzig (Sperre über F. Bieber in Leipzig-Gohlis), Wurzen (Sperre über Lehmann in Püchau), Hirschberg, Schnitz, Neustadt, Stolpen, Pirna, Reichenau (Aussperrung), Schandau, Zwickau, Penig, Grossröhrsdorf, Reichenbach i. V., Zittau, Grimmitzschau, Aue (Streiks), Weissenfels (Differenzen), Döbeln, Waldheim (Zimmerstreiks);

**Hannover, Oldenburg und Lippe:**  
Visselhövede (Sperren über Cohrs und Köster), Osterode a. Harz (Streik), Emden, Münden (Zimmererstreiks), Nienburg a. d. W., Hildesheim, Aurich, Detmold (Streiks), Celle (Bauarbeiterstreik);

**Braunschweig:**  
Stadtoldendorf (partieller Streik);

**Thüringen:**  
Erfurt (Aussperrung steht bevor), Eisenach (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch), Arnstadt (Sperre über Paust und Papst), Kahla (Aussperrung), Henselwitz (Sperre über K. Müller), Schweina, Liebenstein, Gotha, Schlotheim (Streiks), Suhl (Differenzen);

**Rheinprovinz und Westfalen:**  
Rheine (Differenzen), Ahrweiler-Neuenahr (Streik), Düsseldorf (Sperre über Heck, Zementarbeiter), Düsseldorf-Neuss (Sperre über Lümen), Duren (Sperre über Brune);

**Bayern:**  
Nürnberg (Sperre über Schaller), Erlangen, Alzenau, Hof a. d. S., Passau, Bayreuth, Regensburg, Würzburg (Streiks);

**Hessen:**  
Flörsheim, Flüthen, Mühlheim-Dietesheim, Borsdorf, Dillenburg (Streiks), Hersfeld (Aussperrung);

**Baden-Pfalz:**  
Hassloch, Schwetzingen, Weinheim, Edingen, Heidelberg, Schifferstadt, Baden-Baden, Grünstadt (Streiks), Singen (partieller Streik), Mannheim (Streik der Bauarbeiter);

**Elsass-Lothringen:**  
Gebweiler (Streik);

**Württemberg:**  
Reutlingen, Valingen a. d. F., Zuffenhausen (Streiks);

**Fliesenleger:**  
Rhein-westfälisch. Industriegebiet (Lohnbewegung).

### Oesterreich:

Bad Hall, Bodenbach, Pilsen (Streiks), Wien (Aussperrung). \*

Die Kollegen von Herford bitten um Melbung ihres Ortes, da sie selbst wegen großen Arbeitsmangels bestimmt sind, zum Teil außerhalb zu arbeiten.

\* \* \*

Gau Südbay. In Schwartau-Wandorf-Rienzendorf a. d. O. kam es nach mehreren Verhandlungen am 17. Mai zu einer Einigung. Der Stundenlohn wird sofort von 60 auf 52  $\Delta$  erhöht. Vom 1. September an wird bei neunstündiger Arbeitszeit pro Stunde 55  $\Delta$  gezahlt. Die Arbeit wurde bereits am 18. Mai wieder aufgenommen.

In Möbel i. M. kam es am Montag, den 14. Mai, zur Arbeitseinstellung. Die Unternehmer konnten sich noch nicht entschließen, den geforderten Stundenlohn von 86  $\Delta$  und die zehnstündige Arbeitszeit zu gewähren. Die Firma Behr & Sohn hat nachträglich die volle Forderung bewilligt und ist dort die Arbeit wieder aufgenommen.

In Schwerin i. M. sind die Kollegen durch den Bauarbeiterstreik stark in Mitleidenschaft gezogen. Anschließend wollen es die Unternehmer auf einen längeren Kampf ankommen lassen.

In Güstrow stellten die Bauarbeiter am Freitag, den 11. Mai, die Arbeit ein. Unsere Kollegen, die ebenfalls stark in Mitleidenschaft gezogen wurden, forderten dann auch die Solidarität bis zum 18. Mai. Auf Drängen der Freunde fand dann am 14. Mai eine Versammlung statt, die sich mit den Forderungen des Bauarbeiterstreiks beschäftigen sollte. Die Güstrower Kollegen, die in den letzten Jahren mehrere Kämpfe geschlossen zu ihren Gunsten durchgeführt haben, da sie auch ein einziger Streiktreiber aus ihren Reihen war, brachten es in dieser Versammlung fertig, den freien Bauarbeiter die Solidarität zu fördern. Sie beschlossen auf Vereinbarung einiger Kollegen, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen. Wie beschlossen, so geschehen. Maurer holten sich selbst Material, ließen sich von Lehrlingen bedienen usw. Dadurch haben die Güstrower Maurer eine Leistung vollbracht, wie sie wohl bisher einzig bei uns da stand. Nachdem den Kollegen am 16. Mai vom Gauleiter das Schändliche ihres Treibens vorgetragen wurde, so flog mit dem Abschluss aus der Organisation gebracht werden musste, sondern sich dann am Mittwoch Morgen (den 17. Mai) die Ausreißer sämtlich wieder ein. In einer weiteren Versammlung am 17. Mai wurde dann mit großer Majorität beschlossen, auch unsere gestellte Forderung zur Annahme bringend zu bringen. Bis zum Sonnabend, 19. Mai, sollen sich die Unternehmer erklären. Es dürfte also am Montag zum offenen Kampfe kommen.

In Neuburkow stellen die Kollegen den Unternehmern die Forderung auf 38  $\Delta$  Stundenlohn für Stadtarbeit und 40  $\Delta$  für Landarbeit unterbreit. Die Unternehmer haben nun kurz geantwortet, daß es eine Lohnherhöhung dieses Jahr nicht gäbe und jegliche weitere Unterhandlung zwecklos sei. Mit diesem Verweis dürfen sich die Kollegen jedoch nicht aufreden geben.

In Dobbergen ist die Lohnbewegung beendet. Es ist eine Lohnherhöhung von 40 auf 42  $\Delta$  pro Stunde eingetreten. Auch der Unternehmer Kübler, der sich erst weigerte, hat jetzt die Forderung anerkannt.

In Mäbörig erklärten sich die Unternehmer bereit, vom 1. Juli an den Stundenlohn auf 40  $\Delta$  zu erhöhen. Dieses Angebot nahmen die Kollegen unter der Voraussetzung an, daß auch mit den Bauarbeitern eine Einigung stattfinde. Das ist nicht geschehen. Es erfolgte darauf am 15. Mai die Arbeitseinstellung der Bauarbeiter, wodurch die Kollegen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Da das Angebot des Unternehmers nur unter obiger Bedingung Annahme gefunden hat, beschlossen die Kollegen an ihrer vollen Forderung, 42  $\Delta$  Stundenlohn, festzuhalten. Die Unternehmer sollen bis zum 19. Mai ihre Ansicht dazu äußern. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß es hier am 21. Mai zur allgemeinen Arbeitseinstellung kommt.

In Düdelsdorf bei Bülow haben die Unternehmer unserer Forderung, Erhöhung des Stundenlohnes von 40  $\Delta$  auf 45  $\Delta$  rundweg abgelehnt. Es dürfte auch hier am 21. Mai zum Streik kommen.

In Gadebusch forderten die Kollegen 38  $\Delta$  Stundenlohn bei zehnstündiger Arbeitszeit. Es wurde aber nur eine Lohnherhöhung von 28  $\Delta$  täglich erreicht. So daß bei 10½stündiger Arbeitszeit M. 3.50 Tagelohn gezahlt wird. Es war nicht möglich, hier mehr zu erreichen, weil uns noch fast die Hälfte der im Bezirk beschäftigten Kollegen fernsteht.

In Külls i. Meckl. dauert die Aussperrung unverändert fort. Zugang war bis jetzt nicht zu verzeichnen. Die Unternehmer äußerten jetzt selbst tückig im Südweste ihres Angeleis.

Beendet ist die Lohnbewegung in Bengzin. Gefordert wurden 38  $\Delta$  Stundenlohn und die zehnstündige Arbeitszeit. Auf dem Wege der Unterhandlung fand eine Einigung statt. Es wurde eine Lohnherhöhung von 2  $\Delta$  pro Stunde erreicht. Daß die zehnstündige Arbeitszeit nicht erreicht wurde, dürfte lediglich an der Faulheit der Bengziner Kollegen liegen.

In Dargun bewilligten die Unternehmer die volle Forderung. Erreicht wurde die zehnstündige Arbeitszeit und 38  $\Delta$  Stundenlohn. Bisher war 32  $\Delta$  bei 10½stündiger Arbeitszeit üblich.

Über den Unternehmer Körff in Vage ist die Sperre verhängt. Derselbe weigerte sich, die Vereinbarungen, die mit den anderen Unternehmern getroffen sind, anzuerneumen.

Die Sperre über den Unternehmer Körff in Gützkow in Medleben dauert unverändert fort.

In Waren erreichten die Kollegen nach zweitägigem Kampfe eine Lohnherhöhung von 3  $\Delta$  pro Stunde. Es wäre hier die volle Forderung erreicht worden, wenn die Kollegen nur noch einige Tage den Kampf weiterführen. Es hatten bereits sämtliche Unternehmer bis auf zwei, wobei auch nur einer für uns in Frage kam, die volle Forderung anerkannt. Über die Hälfte aller Kollegen arbeiteten bereits zu den neuen Bedingungen. Es soll noch ein Vertrag mit einer zweijährigen Gültigkeitsdauer ausgearbeitet werden.

In Ahrensburg fand am 18. Mai eine Unterhandlung statt, an der auch der Gauleiter teilnahm. Die Unternehmer erklärten sich bereit, vom 1. April 1907 an 45  $\Delta$  Stundenlohn zu gewähren. Da dieses für uns unannehmbar war, einigten sich die anwesenden Vertreter auf folgenden Vorschlag: Vom 1. Juni d. J. wird der Stundenlohn von 42 auf 48  $\Delta$  erhöht, vom 1. September d. J. auf 44  $\Delta$  und vom 1. April 1907 auf 46  $\Delta$  bei 9½stündiger Arbeitszeit. Dieser Vorschlag bedarf noch der Annahme beider Körperschaften. Sobald die Zustimmung beiderseits erfolgt ist, sollen durch eine gemeinsame Kommission die näheren Vertragsbestimmungen festgelegt werden.

Gau Ostpreu. In Pr. Stargard haben die Verhandlungen stattgefunden, die aber zu keinem Resultat geführt haben. Die Streikenden ermüdeten während der Verhandlung ihre Forderung auf 38  $\Delta$  Stundenlohn für 1906 und 40  $\Delta$  für 1907. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit in diesem Jahre auf 10½ Stunden und 1907 auf 10 Stunden erklärten sich die Unternehmer einverstanden. Sie erklärten aber, in diesem Jahre nicht mehr als 36  $\Delta$  geben zu können. Die Streikenden erklärten jedoch, unter das gemachte Angebot unter keinen Umständen heruntergehen zu können. Es zeugt gerade nicht von humaner Gemüthe, wenn die Arbeitgeber München und Schlesien erklären, nicht mehr als 36  $\Delta$  zahlen zu können; das sind Leute, die infolge der bisherigen Indifferenz schwer reich geworden sind. Da die Streikenden alle abtreten werden, so dürfen die Unternehmer sich doch bald nach Frieden schüren.

In Osterode (Ostpreußen) ist es in leichter Woche zu einer Einigung mit den Innungsmästern gekommen. Die Herren, die vorher nichts mit dem Verbande zu tun haben wollten, sind eines besseren belehrt worden. In dem alten Vertrage, der von den Herren gebrochen wurde und noch für dieses Jahr Gültigkeit hatte, war eine 10½stündige Arbeitszeit und ein Lohn von 40  $\Delta$  vorgesehen. In dem neuen Vertrage bleibt für dieses Jahr die Arbeitszeit dieselbe. Der Lohn wird auf 44  $\Delta$  erhöht; für die nächsten beiden Jahre wird ein Lohn von 48  $\Delta$  bei einer zehnstündigen Arbeitszeit gezahlt. Somit ist auch in Osterode die zehnstündige Arbeitszeit vertragsmäßig festgelegt. Vorauschließlich wird jetzt das Verhältnis zwischen der Innung und dem Verbande etwas besser werden als bisher, denn dies Beispiel mag den Leuten doch beweisen haben, daß die Maurer auch eine Macht repräsentieren und nicht mehr nur nach dem Preise der Unternehmer zu tanzen haben.

In Ebingen ist es auch zu einem Vertragsabschluß gekommen. Es ist ein Minimallohn von 48  $\Delta$  bei zehnstündiger Arbeitszeit vorgesehen. Vorher befand die eisförmige Arbeitszeit und der Lohn wurde in vielen Städten von 35 bis 45  $\Delta$  pro Stunde gezahlt. Für viele Kollegen ist einstweilen ein großer Lohnabstand zu verzeichnen. Der Erfolg liegt aber in der Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und in der Durchführung eines Minimallohns. Dies sagen die Ebingener Kollegen auch, und nehmen das Angebot an. Der Vorbereiter wird sich besonders im Herbst und Frühjahr bemerkbar machen, denn diese Jahreszeiten müssen die Unternehmer immer ganz gewaltsam aus, um die Löhne zu drücken. Das ist jetzt nicht mehr möglich und somit auch der Vorbereiterbank, woran die Ebingener Maurer solange gelitten haben, bestätigt.

In Brandenburg (Westpreußen), wo unsere Mitglieder einige Pfennige Lohn mehr verlangen, haben die Unternehmer unsere Kollegen ausgespielt. Diese neue Melodie haben sie in Konzert gelernt und sie nun in Brandenburg angestimmt, ob sie aber harmonisch ausklängen wird und in dem kleinen Bandstädtchen angebracht ist, wird sich bald herausstellen, denn alleinige Streikbrecher werden sich nicht nach den leeren Geldbauten der Unternehmer in Brandenburg sehnen.

Gau Berlin. Der Streik in Posen ist siegreich beendet! In der vorigen Nummer meldeten wir, daß die Unternehmer die Aussperrung aufgehoben hatten. Die Streikenden pflegten auf diese Maßregel und schwiegen es ab, die Arbeit so ohne weiteres wieder aufzunehmen. In der 12. d. M. abgehaltene Versammlung der Ausgesperrten wurde nachfolgende Resolution angenommen:

Die heutige Versammlung der Maurer nimmt Kenntnis von dem Besluß des Arbeitgeberverbandes, die Aussperrung aufzuheben und am 14. Mai er. die Maurer zu den alten Bedingungen und ohne Maßregelung in Arbeit zu nehmen. Die Versammlung akzeptiert denselben und befiehlt, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bevor nicht eine schriftliche Erklärung seitens des Arbeitgeberverbandes dahingehend gegeben ist, daß nach Beendigung der Arbeit sofort gemeinsame Verhandlungen stattfinden, in denen ein Vertrag vereinbart wird, der für dieses Jahr eine Lohnherhöhung feststellt. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, dieserhalb die notwendigen Schritte sofort zu unternehmen.

Am selben Tage lief dann bereits eine Erklärung ein und die Kommission einigte sich mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes, die Arbeit am Mittwoch aufzunehmen. Am Dienstag, den 16. d. M. abgehaltene Versammlung der Ausgesperrten erklärte denselben und befiehlt, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bevor nicht eine schriftliche Erklärung seitens des Arbeitgeberverbandes dahingehend gegeben ist, daß nach Beendigung der Arbeit sofort gemeinsame Verhandlungen stattfinden, in denen ein Vertrag vereinbart wird, der für dieses Jahr eine Lohnherhöhung feststellt. Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, dieserhalb die notwendigen Schritte sofort zu unternehmen.

Am Dienstag erklärte sich mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes, die Arbeit am Mittwoch aufzunehmen. Am Dienstag, den 16. d. M. abgehaltene Versammlung der Ausgesperrten bestätigte, daß die Arbeitgeber die Unterschlagschrift auf weitere zwei Jahre abstimmen und für Fortleitung des Kampfes 90 Kollegen. Wie und weiter mitzuwirken, hat die Kommission mit dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes unter dem Vorstand des Schulrats Rabowitz bereits am Donnerstag verhandelt. Als Ergebnis ist aus dieser Verhandlung zu berichten, daß als größte Errungenschaft die Feststellung einer einheitlichen Lohnklasse beschlossen wurde. Für dies Jahr fällt die bisher unter Lohnlohn von 49  $\Delta$  fort; der Lohn beträgt bis zum 1. April 1908 52  $\Delta$  pro Stunde. Es ist unserer Erfahrung bekannt, daß die Arbeitgeber die Unterschlagschrift auf weitere zwei Jahre bestimmen und daß der Polnische Verförsverband denselben auch auf weitere zwei Jahre für Maurer und Zimmerer bestimmt. Ferner unterrichtet den alten Tarif, der Centralverband der Zimmerer, der christliche Verband und der Christlich-Denkerische Gewerbeverein für die Zimmerermittelsteuer, daß die Maurer verweigerten die Christlichen und Christlich-Denkerischen die Unterschrift und harrten bis zum Schluss des Aussperrung mit unserem Verbunde aus. Die Unternehmer hofften während des ganzen Kampfes, daß die letzten beiden Organisationen auch für die Maurer unterstreichen würden, aber vergebens. Waren die drei Organisationen konsequent gewesen und hätten den Vertrag auch für die Zimmerer nicht unterzeichnet, so wäre der politische Verband isoliert geblieben und der Kampf hätte nicht nur nicht solange dauert, sondern viel schneller beendet werden können.

Am Dienstag, den 22. d. M. finden nun die beschlebenden Versammlungen statt, die jedenfalls das Ergebnis der Verhandlungen annehmen werden. Es hätte vielleicht mehr erreicht werden müssen; sieht man aber den Kampf näher an, so muß man zugeben, daß er unter sehr erschwerenden Verhältnissen geführt wurde. Auf der einen Seite eine geschlossene Organisation der Unternehmer und auf der Seite der Gelehrten der Organisationen, wobon die eine schon vor Ablauf des alten Vertrags unterzeichnete und nicht nur als Streikbrecher fungierte, sondern noch verschwiege, welche von auswärtig heranziehen. Den Posener Maurern empfehlen wir den Arbeitgeberverband als Vorbild. Diese Herren waren sich einsig;

Katholisch oder Evangelisch, Christ oder Jude, ob Deutscher oder Polnischer, sie handeln zusammen, um die Arbeiter niedergeschlagen zu haben, seien es die Arbeiter endlich ein, daß nur völlige Einigkeit stark macht!

Durch Bauarbeiterkreis sind die Maurer in Bremen und Süden in Mitteidenschaft gezogen worden.

Bei einigen Landunternehmern des Lohneinzugs Alt-Karlsruhe (Burgbergkreis Freiburg) sind 25 Kollegen in den Streit getreten. Gefordert wird: "Vertäzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und ein Lohn von 33 & pro Stunde."

Auch in Schwiebus ist es zur Arbeitszeitverlängerung gekommen. Bei der Abschaltung des vorjährigen Vertrages erklärten die Unternehmer, daß sie nicht abgenutzt seien, denn Stundenlohn im Jahre 1906 auf 35 & zu erhöhen. Nun wollen die Herren nichts mehr davon wissen, sie bieten 1 & Lohnherabsetzung und verlangen, daß 33 & als Maximallohn auf zwei Jahre festgelegt werden. Alle Bemühungen, eine Vereinbarung zu erzielen, scheiterten an der Hartfüßigkeit der Unternehmer. Insgeamt streiten dort bei sieben Unternehmen 111 Kollegen.

Die Streiks in Mühlberg und Fürstenwald erfolgten so wie die Auspfernung in Wittenerge befehlten unverändert fort. Die Streikenden und Ausgesperrten sind bis auf wenige Männer abgesetzt und anderweitig untergebracht.

In Trennbriessen ist es am 18. Mai zur Arbeitszeitverlängerung gekommen. Gefordert wird dort eine Lohnherabsetzung von 35 auf 40 & pro Stunde.

Der Vorstand des Gewerbegeichtes in Forst, Bürgermeister Rödig, forderte am 17. Mai den Vorstand des Arbeitsgeberbundes sowie die Vorstände der streikenden Maurer und Bauarbeiter auf, das Gewerbegeicht als Einigungssamt anzutreffen. Gefügt auf die bösen Erfahrungen aus der Auspfernung von 1904 erklärten die Streikenden, daß ihrerseits kein Antrag gestellt würde, weil sich die Arbeitgeber dem Gewerbegeicht doch nicht stellen würden. Daß diese Vermutung richtig war, beweist ein Schreiben des Bürgermeisters vom 18. Mai, worin mitgeteilt wurde, daß die Unternehmer das Einigungssamt abgelehnt hätten, aber bereit seien, mit Vertretern der Streikenden unter dem Vorsitz des Bürgermeisters in "unverbindlicher Weise" zu verhandeln. In dieser Verhandlung gaben sie die Erklärung ab, daß sie nicht geneigt seien, eine Lohnherabsetzung zu bewilligen. Die Streikenden sollten nur an den alten Sätzen wieder anfangen, ob dann im nächsten Jahr eine Erhöhung des Lohnes eintreten könne, wisse man heute noch nicht. Bezuglich der Wiedereinführung der Beispielpause waren die Herren der Meinung, daß dies wohl möglich sei, doch müsse an der 12-stündigen Mittagspause festgehalten und die Arbeitszeit dann bis 6 Uhr Abends ausgedehnt werden. Diese "unverbindlichen" Angebote haben die Streikenden abgelehnt. Sie wollen dann doch noch etwas warten, bis die Herren ihnen andere, verbindliche "Zugeständnisse" machen, die mindestens schon in diesem Jahre die Lohnherabsetzung bringen. Der Stand der Bewegung ist sehr gut. In den Streik eingetretene waren 248 Kollegen, abgerechnet sind 104, am Ende befanden sich noch 144, von denen in dieser Woche noch weitere abreisen werden. Arbeitswillige sind 25 Poliziere und 6 Gesellen vorhanden.

**Gau Breslau.** Die Lohnbewegung in unserem Gau ist gegenwärtig ungewöhnlich stark, wobei es jedoch in einer ganzen Anzahl Zweigvereine gelungen ist, auf friedlichen Wege zu erledigen. Zuerst stellten die Kollegen von Deutsch Bösa, deren im vorjährigen Jahre abgeschlossener Tarif abgelaufen war, Lohnforderungen. Die Unternehmer erklärten jedoch, daß sie für Deutsch Bösa allein keinen Vertrag mehr abschließen wollten. Da sich alle Unternehmer der weiteren Umgebung von Breslau zu einem Arbeitgeberverbande zusammengeschlossen hätten, müßte es nun verzögert werden, für dieses ganz Gebiet einen Tarif zu stanze zu bringen. Nach langwierigen Verhandlungen gelang das endlich auch in der Weise, daß das Gebiet in zwei Kreise eingeteilt wurde. Der Kreis 1, der als Zentrum die Stadt Breslau mit einem eigenen Lohntarif hat, erstreckt sich mit einem Halbmesser von ungefähr 2 Meilen rund um Breslau herum. Für diesen Kreis ist die Arbeitszeit auf 10 Stunden, der Lohn für 1906 auf 35 & und für 1907 auf 40 & festgelegt. In den Arbeitsgebieten Deutsch Bösa und Hundsfeld werden 39 & und in den näher an Breslau gelegenen Orten Aufschläge von 2-4 & gezahlt. Der Kreis 2, der nach innen den Kreis 1, nach außen aber keine bestimmte Grenze hat, erstreckt sich zum größten Teil auf die Kreise Ohlau, Dölln, Trebnitz, Neumarkt und Schweidnitz. Es wies bisher ganz verschiedene Löhne und Arbeitszeiten auf. So gab es Orte, wo der Lohn bisher auf 26 bis 30 & stand, die Arbeitszeit variierte zwischen 11 und 18 Stunden. Hier war es schwer, einheitliche Bestimmungen zu treffen, und mehrmals drohten die Verhandlungen zu scheitern. Schließlich aber kam es doch zu einer Einigung auf der Basis, daß für dieses Jahr die elfstündige, für 1907 aber die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt werden sollte. Der Mindestlohn sollte dieses Jahr 32 &, der höchste 33 & betragen und 1907 einheitlich auf 35 & erhöht werden. Wenn auch zugegeben werden muß, daß es uns in einzelnen Bezirken gelungen wäre, mehr zu erlangen, so leitete uns das Bestreben, durch den Vertragsabschluß auch die zurückgebliebenen Bezirke in die Höhe zu dringen und dadurch eine bessere Basis für später zu schaffen. Ein Vertrag wurde auch für Drachenberg und Umgegend abgeschlossen, wo wir im Vorjahr einen längeren Streit mit teilweise Erfolg geführt haben. Hier wurde bis zum vorigen Jahr ein Lohn von M. 1.80 bis M. 2.20 gezahlt, durch den Streit erhöhte er sich auf 26 & pro Stunde und dieses Jahr auf 28 &. Genauso mußte die Organisation anerkannt werden.

Die Kollegen der Umgegend von Brieg stellten an ihre Unternehmer die Forderung, die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen und 35 & Lohn zu zahlen. Durch Bausperren wurde den Forderungen zum größten Teil vertragliche Geltung verhaftet; der Kampf ist hier noch nicht ganz abgeschlossen, doch führt er voranschreitend zum vollständigen Siege. Auch in Ohlau erkannte der bisher von uns gesperrte Unternehmer Rippert den mit den übrigen Unternehmen im Vorjahr geschlossenen Tarif an.

In Bickenbach, wo eine Hilfszahlstelle von Langenbielau besteht, einigten sich die Unternehmer mit unseren Kollegen; der Lohn wurde dadurch auf 35 & erhöht. Leider waren die Kollegen nicht steifmärtig genug, auf Anerkennung der Organisation durch Zulassung des Bauborstands zu den Verhandlungen zu bestimmen; es wäre dadurch zwecklos für die Kollegen mehr herausgekommen. So besteht leider hier die Tatsache, daß in der Kreisstadt Reichenbach 11 Stunden lang gearbeitet wird, in dicht dabei liegenden Dörfern Langenbielau nur 10 Stunden.

Die Kollegen werden hier noch tätig für den Verband agitieren und in den Verhandlungen Auflösung schaffen müssen, wenn sie nicht im Hindertreffen bleiben wollen.

Auch in Striegau kamen wir auf gütlichem Wege zu einem Tarif für zwei Jahre, der die zehnstündige Arbeitszeit und 35 & Stundenlohn festlegt. Wobei soll es im Waldenburgischen Industriegebiet aus. Es steht, als ob sich hier ein Kampf nicht vermehren läßt, der nach Lage der Sache äußerst heftig gemacht wäre; schließlich kann es aber doch zu einem Vertragsabschluß, der für dieses Jahr eine Lohnherabsetzung von 3 & und für nächstes Jahr eine solche von 2 & festlegt, wodurch der Lohn jetzt 40 & beträgt. Endlich wurden dadurch auch die verrotteten Zustände bezüglich der Arbeitszeit abgeschafft, indem eine solche von wöchentlich 60 Stunden festgelegt wurde. Bei Bösa i. B. liegen sich die Kollegen leider bei den Verhandlungen ins Backhorn jagen und schlossen einen zweijährigen Arbeitsvertrag mit ganzen 2 & Lohnherabsetzung. Hätten auch hier die Kollegen seit auf Zugabe eines Verbandsvertreters bestanden, so hätten sie bei der außerordentlich guten Konjunktur zweifellos mehr erreicht.

Im Zweigverein Bösa ist es wiederum gebürtig, es ebenfalls einen Zweigverein zu bilden, um die Auspfernung in Bitterfeld unverändert fortzuführen. Die Streikenden und Ausgesperrten sind bis auf wenige Männer abgesetzt und anderweitig untergebracht.

In Trennbriessen ist es am 18. Mai zur Arbeitszeitverlängerung gekommen. Gefordert wird dort eine Lohnherabsetzung von 35 auf 40 & pro Stunde.

Der Vorstand des Gewerbegeichtes in Forst, Bürgermeister Rödig, forderte am 17. Mai den Vorstand des Arbeitsgeberbundes sowie die Vorstände der streikenden Maurer und Bauarbeiter auf, das Gewerbegeicht als Einigungssamt anzutreffen. Gefügt auf die bösen Erfahrungen aus der Auspfernung von 1904 erklärten die Streikenden, daß ihrerseits kein Antrag gestellt würde, weil sich die Arbeitgeber dem Gewerbegeicht doch nicht stellen würden. Daß diese Vermutung richtig war, beweist ein Schreiben des Bürgermeisters vom 18. Mai, worin mitgeteilt wurde, daß die Unternehmer das Einigungssamt abgelehnt hätten, aber bereit seien, mit Vertretern der Streikenden unter dem Vorsitz des Bürgermeisters in "unverbindlicher Weise" zu verhandeln. In dieser Verhandlung gaben sie die Erklärung ab, daß sie nicht geneigt seien, eine Lohnherabsetzung zu bewilligen. Die Streikenden sollten nur an den alten Sätzen wieder anfangen, ob dann im nächsten Jahr eine Erhöhung des Lohnes eintreten könne, wisse man heute noch nicht. Bezuglich der Wiedereinführung der Beispielpause waren die Herren der Meinung, daß dies wohl möglich sei, doch müsse an der 12-stündigen Mittagspause festgehalten und die Arbeitszeit dann bis 6 Uhr Abends ausgedehnt werden. Diese "unverbindlichen" Angebote haben die Streikenden abgelehnt. Sie wollen dann doch noch etwas warten, bis die Herren ihnen andere, verbindliche "Zugeständnisse" machen, die mindestens schon in diesem Jahre die Lohnherabsetzung bringen. Der Stand der Bewegung ist sehr gut. In den Streik eingetretene waren 248 Kollegen, abgerechnet sind 104, am Ende befanden sich noch 144, von denen in dieser Woche noch weitere abreisen werden. Arbeitswillige sind 25 Poliziere und 6 Gesellen vorhanden.

**Gau Görlitz.** Die Lohnbewegung im Gau Görlitz ist gegenwärtig außergewöhnlich stark. In 20 Lohngebieten sind Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes an die Unternehmer gerichtet worden. Erlebt ist die Lohnbewegung in Liegnitz, wo ein Vertrag auf 2 Jahre abgeschlossen wurde, den die Kollegen für dieses Jahr 40 & und für das nächste Jahr 42 & Stundenlohn zugeschrieben.

In Langenölz stellten die Kollegen einen dreitägigen Streik, um dem Unternehmer Gelegenheit zu verschaffen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Gesetze einzutreiben. Der Streik endete zu Gunsten der Kollegen. Der Lohn wurde um 2 bis 3 & pro Stunde erhöht und die Arbeitszeit endgültig auf 10 Stunden festgelegt.

In Cunewalde stellten die Kollegen die Sache sehr beschreibende Forderungen dar, die eine Erhöhung der zehnstündigen Arbeitszeit um 2 Tage und eine Lohnherabsetzung auf 28 & bezüglich der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Gesetze einzuführen. Der Streik dauerte zwei Tage. Es wurde eine Einigung dahingehend erzielt, daß für dieses Jahr 31 & Stundenlohn gezahlt und die Arbeitszeit auf 10 Stunden verkürzt wird.

In Großschönau regelte sich die Sache in friedlicher Weise. Der Lohn wurde um 3 & pro Stunde erhöht und die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt.

In Neidenau i. S. stellten die Kollegen Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes auf 35 & und Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden. Die zehnstündige Arbeitszeit wurde bewilligt, der Lohn aber in der geforderten Höhe nicht. Die Kollegen hielten sich mit 33 & zu zufrieden gegeben. Zwei Unternehmer faulen nun den Kollegen mitteilen entgegen, daß sie stattdessen 27 & pro Stunde 30 & Stundenlohn zahlen. Dies wurde vorläufig von den Kollegen mit der ausdrücklichen Bedingung angenommen, daß sie damit für das ganze Jahr nicht zufrieden seien, sondern mindestens auf 33 & beharren würden. Über der dritte Unternehmer, Baumeister Rechner, wollte auch nicht einmal die 30 & zahlen. Die Lohnkommission wurde daher bei ihm vorstellig, und dieser gegenüber äußerte er in echt prätiger Arbeitersprache: "Jetzt sage ich alle Maurer von allen meinen Bauten". Diesen Vorfall führte er auch aus. Es sind somit 20 Kollegen in Neidenau ausgesperrt. Eine Anzahl von ihnen hat bereits anderweitig Arbeit erhalten. Dem Unternehmer ist nur ihre Forderung erneut zugegangen; er wird sich wohl mit der Tatsache abfinden müssen, daß auch unsere Neidenauer Kollegen die bisherige Zufriedenheit und Schaffenskraft abgestreift haben.

In Bautzen sind schon seit Jahren Forderungen an die Unternehmer gerichtet worden, sie wurden von ihnen aber immer abgelehnt. Auf eine Durchführung der Forderungen war wenig Hoffnung zu sehen, indem die Kollegen den Wert der Organisation noch nicht genügend erkannt hatten. Jetzt ist das anders geworden; der allergrößte Teil der Bautzener Maurer ist bestreitig, und dieser ist von guten Geist besetzt, so daß bestreitig Hoffnung vorhanden ist, diese Lohnbewegung mitbringend zu gestalten, wenn die Verbesserung der Bautzener Kollegen für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung von weiterer Dauer ist.

Ein Tarif anerkannt wird, da die örtlichen Verhältnisse genau dieselben sind wie dort. Daß der Sieg den Geißen zu fallen muss, dazu ist die gegenwärtige Bauaufsichtskultur wie geschaffen; denn, trotz der schwierigen Lizenzen ist über die Hälfte der Kollegen anderwärts in Arbeit getreten. Es ist uns sogar unmöglich, alle die mit Maurern zu versorgen, die folge von uns verlangen. Es ist deshalb bereits im Laufe der zweiten Woche die Zahl der Streikenden sowohl herabgesunken, daß nur noch soviel Kollegen am Orte sind, wie absolut zur Führung des Kampfes notwendig sind. Die Hoffnung der Unternehmer, Italiener und Böhmen in genügender Anzahl zu erhalten, wollen wir ihnen nicht trauen. Jedenfalls werden sich die Ausländer nicht billiger stellen, als einheimische Arbeitskräfte; wenn sich auch derartige Streikbrecher finden, so werden sie solche minderwertige Kräfte sein, daß ein Profit aus ihnen nicht herauszuholen ist. Dazu kommt noch, daß bereits einige Bauherren uns das Bureau einslaufen, damit wir ihnen Männer liefern können. Die Unternehmer werden also wohl nicht umhin können, den tollen Raden zu drehen und mit den berührten Streikenden wieder Frieden zu machen. Die organisierten Kollegen von Görlitz werden es an dem nötigen Kampfesmut und an Opferfreudigkeit nicht fehlen lassen, damit auch den schlesischen Kollegen einmal ein besseres Dasein geschaffen wird.

Eine am 8. Mai in Polenitz tagende Mitgliederversammlung für den Zweigverein Freiburg in Schlesien bestätigte sich mit den im Frühjahr an die Unternehmer gestellten Lohnforderungen und mit der gegenwärtigen durch den Zimmereinfreiheit herbeigegangenen Situation. Kollege Hänsler gab zunächst bekannt, daß die Unternehmer auf das an sie gerichtete Zusammentreffen nicht geantwortet, dagegen ihr selbst genehmigt hätten, um der gängigen Situation den Garaus zu machen. Dieses sei jedoch durch das feste Zusammensetzen der Kollegen verhindert worden, und es gelte deshalb, jetzt unseren fröhlig genug gestellten Lohnforderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, damit sie von den Unternehmern anerkannt werden. Kollege Kuhnt sprach ebenfalls für ein energetisches Handeln, denn es sei geradezu eine Verhöhnung der Maurer, wenn in Winter die Stunden immer schlechter entlohnt werden als im Sommer; und dieses abwändigen sei weitestgehend, wenn wir freuen uns überall durch. Zuerst soll der Streik ziemlich hoffnungslos aus, wir hatten am zweiten Tage bei 54 Streikenden noch 81 Streikbrecher; jetzt hat sich das Verhältnis aber ganz deutlich zu unseren Gunsten verschoben, indem wir kaum noch 40 Streikbrecher haben. Aber auch diese Zahl werden wir noch ganz bedeutend dezimieren, und so haben denn auch bereits einige Unternehmer geäußert: "Wenn die Gesichter so weiter geht, müssen wir wahrscheinlich noch mit der roten Flagge verhandeln". Hoffentlich kommt es so, an uns soll es nicht fehlen. Interessant ist, daß die katholische Fachabteilung von den Meistern auf jede Weise begünstigt wurde; sie zahlten sogar für die Gesellen, die bei ihnen arbeiten, die Beiträge (1), bei uns zahlten die Gesellen die Beiträge natürlich allein.

Auch noch in einem anderen polnisch sprechenden Landesteil, Ostrau und Umgegend, steht uns seit dem 1. Mai der Kampf. Hier gehen wir mit dem Nationalpolnischen Verbande zusammen. Bisher ist die Situation sehr gut; auch den Polizisten und Lehrerinnen arbeiten nur circa 10 Stunden von circa 250 Maurern. Der aus Süßland erwartete Zugzug kommt nicht, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sich jetzt in diesem zurückgebliebenen Lande die Maurer noch besser stecken als hier. Die Unternehmer laufen also Mitten springen; sie machen die Liegenschaften, die bereits zum 1. April frei werden sollten, nicht frei, und Meister Baum hat sogar schon einen kleinen Spazierstock auf, um die jungen Leute zu schlagen, aber sie lassen sich eben nicht davon abringen, daß ihre Gehzeit endet ist, und streiken mit. Die Angestellten wird abgängig noch ein gerichtliches Nahispiel haben, da wir uns die Sache der jungen Leute annehmen werden. Auch bei den einmal stattgefundenen Entlassungsverhandlungen drohte sich Herr Baum sehr "gewählt" aus; aber schließlich wird auch er seinen Horn behaupten und andere Manieren uns gegenüber annehmen müssen. Der Kampf verspricht hier ziemlich langwierig zu werden.

In Breslau hat sich die Situation anscheinend etwas verbessert. Zuerst soll es aus, als ob sich ein Kampf überhaupt nicht vermeiden lasse; jetzt ist zu hoffen, daß bei Auftauf des alten Vertrages zu Pfingsten ein neuer an seine Stelle tritt, wenn nicht noch etwas Unvorhergesehenes dazwischen tritt. Beim ersten ist hier, daß gegen die Breslauer Börsenkommune am 19. April der 1. Mai zum ersten Male von einer Anzahl Kollegen durch Arbeitsruhe gefeiert wurde; die Fassadenpfeiler feierten vollständig. Viel böses Blut eregte die darauf erfolgte breitflächige Aussicht der feiernden Kollegen.

Im Frühjahr dieses Jahres stellten die Kollegen in Bösa an die Unternehmer das Erfuchen, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in Gestalt eines corporativen Arbeitsvertrages festzulegen. Eine Antwort wurden die Kollegen auf dieses Schreiben nicht geäußert. Grit auf mehrmaliges Erfuchen fand am 8. Mai eine Sitzung der Bösa-Lohnkommission mit den Unternehmern statt; diese lehnten es jedoch ab, mit unseren Kollegen ein stabiles Arbeitsverhältnis abzuschließen. Sie bewilligten einen Stundenlohn von 38 &, bis 1. Oktober; von da ab wollten sie jedoch, wie sie es früher jeden Winter getan haben, einen niedrigeren Lohn nach ihrem eigenen Ermessen zahlen. Daß diese Zugeständnisse nicht von unseren Kollegen anerkannt wurden, besticht sich von selbst. Eine am 10. Mai abgehaltene Versammlung sollte darüber Bescheid fassen, ob wir mit der Ablehnung dieses uns verhöhrenden Antritts einverstanden sei. Aber nicht. Kollege Binschke aus Breslau führte den Kollegen vor Augen, welche Nachteile ein derartiger Vertrag für unsere Kollegen zeitigen müßte; denn dadurch würde der Willkür des Unternehmers nicht dienen. Und Kitz und Kitz führten den Tarif in Bösa auf, der seine Gültigkeit nicht auf 10 Stunden beschränkt, sondern auf 12 Stunden. Dies wurde vorläufig von den Kollegen mit der ausdrücklichen Bedingung angenommen, daß sie damit für das ganze Jahr nicht zufrieden seien, sondern mindestens auf 33 & beharren würden. Über der dritten Unternehmer, Baumeister Rechner, wollte auch nicht einmal die 30 & zahlen. Die Lohnkommission wurde daher bei ihm vorstellig, und dieser gegenüber äußerte er in echt prätiger Arbeitersprache: "Jetzt sage ich alle Maurer von allen meinen Bauten". Diesen Vorfall führte er auch aus. Es sind somit 20 Kollegen in Neidenau ausgesperrt. Eine Anzahl von ihnen hat bereits anderweitig Arbeit erhalten. Dem Unternehmer ist nur ihre Forderung erneut zugegangen; er wird sich wohl mit der Tatsache abfinden müssen, daß auch unsere Neidenauer Kollegen die bisherige Zufriedenheit und Schaffenskraft abgestreift haben.

Zu Bautzen sind schon seit Jahren Forderungen an die Unternehmer gerichtet worden, sie wurden von ihnen aber immer abgelehnt. Auf eine Durchführung der Forderungen war wenig Hoffnung zu sehen, indem die Kollegen den Wert der Organisation noch nicht genügend erkannt hatten. Jetzt ist das anders geworden; der allergrößte Teil der Bautzener Maurer ist bestreitig, und dieser ist von guten Geist besetzt, so daß bestreitig Hoffnung vorhanden ist, diese Lohnbewegung mitbringend zu gestalten, wenn die Verbesserung der Bautzener Kollegen für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung von weiterer Dauer ist.



genommen, was mit der einen gegeben werden sollte. Man kommt fast zu der Ansicht kommen, daß die Unternehmer mit ihrem Welschluß die Maurer in den Streit drängen wollten. jedenfalls werden sich die Unternehmer eines anderen befinden müssen.

In Wiesbaden a. d. Tauber einigten sich die Kollegen mit den Unternehmern auf eine Lohnverhöhung von 1 bis 3  $\Delta$  pro Stunde; auch in einigen anderen Punkten wurden kleine Verbesserungen erzielt. Die Erungenschaft ist wohl etwas minimal, aber wenn man bedenkt, daß die Organisation noch jung und die Mehrzahl der Kollegen erzielt in diesem Jahre im Verbande beigetreten ist, so ist das Ergebnis etwas höher einzuschätzen. Wenn die Kollegen jetzt fest zusammenstehen, so werden sie wohl bei einer nächsten Gelegenheit etwas mehr erreichen können.

In Würzburg haben in der letzten Woche Verhandlungen zwischen uns und den Unternehmern stattgefunden, die aber leider bisher noch zu keinem Resultat führten, da die Unternehmer immer noch auf ihrem abnehmenden Standpunkt beharrten und erwarteten, daß die Maurer in den nächsten Tagen umfallen werden. Das dürfte aber nicht eintreten, denn die Streikenden sind bis auf verhältnismäßig wenige abgereist, und die noch am Orte vorhandenen Kollegen sind fest entschlossen, den Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen. Zugang hatten wir bisher überhaupt nicht zu verzeichnen; nur drei von den Streikenden sind in der letzten Woche umgefallen, worunter sich sogar ein Mitglied der Lohnkommission befand. Es ist bei ihm freilich der Rückfall in eine alte Krankheit.

Leider zeigt es sich in unserem sonst so gemütlichen Bayern, daß die Unternehmer ohne einen Kampf den Kollegen nicht einen einzigen Pfennig zu den noch sehr niedrigen Löhnen gewähren. Die Mehrzahl der Bauunternehmer kann es gar nicht lassen, daß die sonst so aufrechten Maurer eine Lohnverhöhung zu verlangen getrauen. Aber auch daran werden sich unsere Bausabroben gewöhnen müssen; wenn durch Gaben wird man bekanntlich klug.

**Gau Münster.** Die Maurer in Passau reichten am 24. April d. J. bei den Meistern einen Lohnstreit ein, um den Lohn auf Grund der Leistungsverhältnisse auch in Passau etwas zu verbessern. Am 7. Mai gaben die Meister durch einen Beauftragten den Maurern Antwort, wonach der Lohn für die Maurer auf 36  $\Delta$  pro Stunde bewilligt wurde. Im übrigen wollen sie nur nach Leistung bezahlen, und zwar von 30 bis 36  $\Delta$  pro Stunde. Am 14. Mai fand eine Befreiung zwischen den Unternehmern und dem Bauvorstand statt, bei der die jetzt reduzierten Forderungen angenommen wurden, mit der Bedingung, daß auch beide Korporationen ihre Zustimmung geben. In der Versammlung der Maurer wurde das Verständnis angenommen, von den Unternehmern aber abgelehnt. Auf Grund dieser Ablehnung wurde von den Maurern am Dienstag, den 15. Mai, durch gemeinsame Abstimmung beschlossen, am 16. früh in den Streit zu treten. Die Streikenden sind mutmaßlich und sagen den Streit mit vollem Vertrauen auf den Sieg mit großer Energie fort. Neun Firmen haben die Forderungen bereits bewilligt und die übrigen werden in Kürze folgen müssen.

**Gau Stuttgart.** (Offizieller Bericht vom 20. Mai 1908.) Die Lohnbewegung ist in zehn Orten als erlebt zu betrachten und zwar in Blaubeuren, Essingen, Ehingen, Gmünd (Gipser), Göppingen, Günzburg, Heidenheim a. d. Brenz, Hornberg, Müringen, Singen und Stuttgart (Plattenleger). Streiks wurden zur wirksamen Unterstützung der Forderungen notwendig in Gmünd (Gipser), Göppingen, Günzburg, Heidenheim a. d. Br., Müringen und Stuttgart (Plattenleger). Um je eine Stunde wurde die Arbeitszeit täglich verkürzt in Hornberg, Müringen und Stuttgart (Plattenleger). Der Stundenlohn wurde überall erhöht und zwar in Heidenheim a. d. Brenz um 3  $\Delta$ , Blaubeuren um 4  $\Delta$ , Essingen um 4  $\Delta$ , Gmünd (Gipser) um 2  $\Delta$ , Göppingen um 4  $\Delta$ , Günzburg um 7  $\Delta$ , Hornberg um 5  $\Delta$ , Müringen um 6  $\Delta$ , Singen um 4  $\Delta$  und Stuttgart (Plattenleger) um 3  $\Delta$ . Verträge wurden abgeschlossen in Essingen, Ehingen, Göppingen, Günzburg, Heidenheim a. d. Brenz, Müringen und Stuttgart (Plattenleger). Angenommen befindet sich in Streit die Kollegen in Reutlingen, Waiblingen a. d. Br. und Bussenhausen. Der Stand der Streiks ist in allen Orten gut. Ferner sind Forderungen neu eingetragen in Burgau (Bayern), Möhringen a. d. Br., Tettnang und Ulm a. d. Br.

In Heidenheim fanden am 19. Mai auf Veranlassung des Herrn Stadtschultheiß Säule zum dritten Mal Verhandlungen statt. Als Vertreter für den Gauvorstand war Stellvertreter Anton Ullm anwesend. Die Unternehmer waren fast vollständig erschienen. Sie wollten wieder keine Zugeständnisse machen, sondern verteidigen ihren alten Standpunkt, jeder Maurer soll den Lohn erhalten, den er verdient, im übrigen soll alles so bleiben, wie es bisher war. Nur nach langem Hin- und Herstreiten gelang es den energischen Bemühungen des Herrn Stadtschultheiß eine Einigung herbeizuführen und die Unternehmer zu Anerkennung der Organisation zu bewegen, so daß sie den Vertrag unterzeichneten. In der Bohrfrage mußten wir allerdings auch nachgeben. Aber wenn man bedenkt, daß der Lohn in den letzten Jahren bedeutend gestiegen ist und der Zweigverein erst ein Jahr alt ist, so können wir mit dem Errungungen zufrieden sein. Es erhält jeder Maurer vom nächsten Tagling an 1  $\Delta$  Zulage pro Stunde und vom 1. April nächsten Jahres weitere 2  $\Delta$ . Der Vertrag gilt bis zum 1. April 1908. Unsere anderen Forderungen wurden angenommen mit Ausnahme der achtzigsten Bohrabschöpfung. Maßregelungen dürfen nicht statthaften. Schwierigkeiten machten uns die vielen Italiener, die hier in Arbeit und nur unter bedeutenden Opfern vor der Arbeit abzuhalten waren; sie waren auch die einzige Hoffnung der Unternehmer. Als sie diese Hoffnung schwanden waren auch sie bereit, zu unterhandeln. An den Heidenheimer Maurern liegt es nun, das Errungene festzuhalten. Die Unternehmer haben jedenfalls einsehen gelernt, daß sie mit uns rechnen müssen, wenn wir wieder einmal mit Forderungen an sie herantreten.

In dem aus Göppingen eingefandenen, in Nr. 20 veröffentlichten Bericht ist ein vorbereiteter Wortlaut enthalten. Es muß richtig heißen: Der Mindestlohn beträgt 48  $\Delta$ , der Lohn des einzelnen wird aber um mindestens 3  $\Delta$  pro Stunde erhöht.

**Gau Frankfurt a. M.** Der Streit in Alzenau dauert unverändert fort; die Kollegen haben noch immer

die beste Aussicht, nach langem, hartnäckigem Kampf die Unternehmer, die sich zwar verzweifelt ihrer Haut wehren, zur Anerkennung ihrer Forderungen zu zwingen. Die gewonnenen „Mausreißer“ sind zwar geeignet, die Unternehmer vorübergehend über Wasser zu halten, aber teuer sind sie doch. Manche brave Bürger- und Bauersmann des „Schäßgründes“ mag sich zwar über diese Exemplare freuen, aber ein Gewinn sind sie gewiß nicht. Die Kollegen können um so ruhiger zuschauen, da sie in anderer Arbeit sind.

Die Unternehmer in Würzburg i. D. - Die Kollegen im Main sind ganz empört über das Vorgehen der dortigen Kollegen. Schon wiederholt drohten sie, sich dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband in Frankfurt a. M. anzuschließen. Bis jetzt scheint jedoch der Handel nicht perfekt geworden zu sein. jedenfalls ist ihnen die Erleichterung gegeben, daß in den Armen des „Mitteldeutschen“ auch nicht alle Schwierigkeiten behoben sind. Unsere Kollegen werden ihre Forderungen auch dem Arbeitgeberverband gegenüber aufrecht erhalten. Geständt würde nur das eine, daß die Unternehmer dann auch noch Beiträge zahlen, also doppelt ins Portemonnaie steigen müssten. Vor einigen Wochen bemühte sich der „Mitteldeutsche“, für den Landkreis Frankfurt a. M. umfangend die Orte: Edenheim, Eschersheim, Heddernheim, Braunheim, Preungesheim und Nibelheim, einen Vertrag abzuschließen. Die Sach scherte, nachdem die Vertreter unserer und auch der übrigen Bauarbeiterorganisationen auf das bestimmteste erklärten, daß nur der Frankfurter Lohn, der teilweise schon seit Jahren dort gezahlt wurde, in Betracht kommen könnte. Den Frage kommenden Unternehmern dieser Orte fehlte es hier am richtigen Verständnis; zu einer Einigung kam es deshalb nicht.

In Marburg kam es bereits im März d. J. zu einem Vertragsabschluß, bei dem 42  $\Delta$  Stundenlohn und zehn-stündige Arbeitszeit vereinbart wurden. Als am 1. April dieses Jahres der erhöhte Lohn gezahlt werden sollte, glaubten sich mehrere Unternehmer davon drücken zu können. Es mußte erst durch eine gemeinsame Signatur und energetische Agitation den Herren klar gemacht werden, daß vertraglich festgelegte Löhne auch wirklich gezahlt werden müssen. Aufgabe der Marburger Kollegen muß es sein, den Vertrag nach ihrer Auffassung durchzuführen.

Die Streiks in Ismaning und Fürstenfeld dauernd unverändert fort. In beiden Orten können die Unternehmer nicht begreifen, daß die Arbeiter heute ein Mitbewerbsrecht im Arbeitsverhältnis haben müssen, wenn sie nicht ganz unter die Räder kommen wollen. Hoffentlich wird der Streit in beiden Orten fruchtbringend auf die allgemeine Anerkennung der Unternehmer ein, so daß sie in Zukunft bei Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse menschlicher denken.

In Idar-Oberstein ist es neuerdings ebenfalls zum Streit gekommen. Anfänglich machten die Unternehmer gute Miene und es schien alles glatt gehen zu sollen. Die Herren befürworteten einige Pfennige, lamentierten über schlechte Zeiten und schlechte Verdienste und boten ihre ganze Kraft auf, um unsere Organisation zu zerstören. Die Kollegen aber blieben fest. Jetzt ist der Konflikt da. Bleiben die Kollegen auch fest, dann werden sie siegen. Haben sie doch auch die Pflicht, mit gutem Beispiel voran zu gehen. In den vorderen Vogelsbergen und den angrenzenden Bezirken waren noch eine ganze Anzahl Orte, wo die Kollegen in nächster Zeit ihren Unternehmern die Forderungen präsentieren werden.

Ganz überrascht kam der Streit in Dillingen (Westerwald). Die Unternehmer machten zwei Kollegen und die übrigen schieden dann freiwillig aus. Darob war alles ganz erstaunt. Mancher von den bieberein Einwohnern Dillingens hat wohl geglaubt, die leidenschaftliche Revolution sei ausgebrochen, zumal auch die Herren von der Polizei infeldmarktmäßig Anzug die Straßen abpatrouillierten, um den Streifzug mit Stumpf und Stiel auszurüsten. Aber was halb es, die Kollegen blieben fest. Die Unternehmer sind durch das entzündete Handeln in recht arge Verhältnisse geraten; hoffentlich eine gute Mahnung für sie, das nächste Mal weniger froh zu sein. Der Streit steht sehr gut, zumal die Kollegen leicht in der Umgebung andere Arbeit finden werden.

**Gau Köln.** In Düsseldorf-Neukölln legten die Bauarbeiter am Bau des Unternehmers Olfert die Arbeit nieder. Als sich am 21. Mai zwei Kollegen weigerten, sich weiter Material heranzuholen, wurden sie entlassen, darauf legten sämtliche Maurer die Arbeit nieder. Infolgedessen ist der Bau gehörpt. Die Bauarbeiter fordern anständige Bezahlung.

**Gau Dortmund.** Die Lohnbewegungen in Borghorst und Rheine sind ebenfalls ohne Streit durch Verhandlungen vor dem Eingangsamt erledigt. In allen Orten, wo die Arbeiter Forderungen stellten, erscheinen auch die Agitatoren des „Arbeitgeberverbandes“, denen es dann auch in solchen Momenten gelingt, die Unternehmer für den jungen Bund zu gewinnen. Damit wird auf Grund des § 10 des Vertrages für das Industriegebiet der Antrag gestellt, die Lohnfrage durch Eingangsamt zu regeln. So auch in Borghorst und Rheine. Die Verhandlungen vor dem Eingangsamt fanden am 15. d. M. statt. Die Forderungen lauteten in beiden Orten 45  $\Delta$  Stundenlohn und 10½ Stunden Arbeitzeit. Vereinbart ist für Rheine: vom 15. Mai an 42  $\Delta$  bei 11 Stunden, vom 1. September 1908 an 48  $\Delta$  bei 10½ Stunden und vom 1. April 1907 an 46  $\Delta$  und 10 Stunden. Für Borghorst: vom 15. Mai an 42  $\Delta$  und 10 Stunden, vom 1. April 1907 an 48  $\Delta$  und vom 1. August 1907 an 44  $\Delta$ . Zur übrigen gelten das allgemeinen die Verhältnisse des Vertrages für das Industriegebiet.

An selben Tage fanden auch die Verhandlungen über die Forderungen der Fliesenleger statt. Wie schon in Nr. 10 mitgeteilt ist, lautete hier die Forderung auf 75  $\Delta$  Stundenlohn, neunstündige Arbeitszeit und Abschaffung der Abfordarbeit. Am letzten Punkt sind die Verhandlungen gescheitert. Die Unternehmer bestanden auf Abfordarbeit, und beriefen sich nämlich auf die von der Freien Vereinigung der Fliesenleger erst in der letzten Zeit in Düsseldorf und Dortmund abgeschlossenen Abfordtarife. Die Unternehmer erklärten sich ebenfalls bereit, den Taglohn tarif anzunehmen, verlangten dann aber die Feststellungsklausur. Diese wurde unterstellt abgelehnt, und somit waren die Verhandlungen gescheitert. Im Streit befinden

sich augenblicklich die Fliesenleger in Essen, Gelsenkirchen und Oberhausen. Zugang den Fliesenleger ist nach dem ganzen Industriegebiet fernzuhalten.

Auch für Düsseldorf und Düsseldorf sind auf Antrag des „Arbeitgeberverbandes“ die Lohnfragen durch das Eingangsamt entschieden. Auch für diese beiden Orte gilt der Vertrag für das Industriegebiet. Lohn und Arbeitszeit ist wie folgt geregelt: für Düsseldorf vom 1. Juni an 48  $\Delta$  und 11 Stunden, vom 1. August an 50  $\Delta$  und 10½ Stunden und vom 1. April 1907 an 52  $\Delta$  und 10 Stunden, vom 1. April 1907 an 50  $\Delta$  und 10½ Stunden. In allen diesen Orten ist eine Lohnverhöhung von 5  $\Delta$  pro Stunde und darüber erzielt.

**Gau Braunschweig.** In Helmstedt hat die Lohnbewegung nun gleichfalls ihr Ende erreicht. Die Verhandlungen, die durch den Gesellenausflug stattfanden, hatten folgendes Resultat: Der Lohn wird um 3  $\Delta$  erhöht (von 37 auf 40  $\Delta$ ), für Überstunden werden 5  $\Delta$ , für Nacharbeit 10  $\Delta$ , für Sonntagsarbeit 50 pvt. Aufschlag gezahlt. Bei Überarbeiten sollen ebenfalls 5  $\Delta$  mehr pro Stunde gezahlt werden. Die Unternehmer bestanden auf Abfall eines Vertrages für drei Jahre. Die Kollegen liehen sich jedoch nicht darauf ein, sondern forderten für den Fall eine staffelförmige weitere Steigerung des Lohnes. Das wollten die Unternehmer nicht, und so ist der Abschluß eines Vertrages unterblieben. In einer Versammlung der Kollegen am 18. Mai könnte festgestellt werden, daß der Lohn allgemein nach den vereinbarten Be dingungen ausgezahlt worden ist.

Der Unternehmer Peters in Dasselbe will den vereinbarten Lohn von 32  $\Delta$  nicht zahlen. Da die bei ihm beschäftigten Kollegen bei den anderen Meistern des Ortes jederzeit zu neuen Bedingungen Arbeit bekommen können, wird Herr Peters, wenn er sich nicht bestimmt, seine Arbeit allein fertigmachen müssen.

Die Stadtspieker Kollegen haben ihren Meistern eine Lohnforderung unterbreitet. Da in der ganzen Umgebung bereits bedeutend höhere Löhne gezahlt werden, so ist zu erwarten, daß die Meister ein Entgegenkommen zeigen werden. Natürlich muss sich unsere dortige Organisation so weiter entwickeln, wie sie es in den letzten Wochen getan hat.

**Gau Hannover.** In Detmold haben unsere Kollegen am Donnerstag, den 17. Mai, die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Die Forderung lautet auf 48  $\Delta$  Stundenlohn, vom 1. April 1907 an 45  $\Delta$  und Nebenförderungen, so unter anderem die Aufhebung der Abschlagszahlungen. Es werden nämlich auf den verdienten Lohn nur Abschlagszahlungen geleistet und diese möglichst gering. Dann wird alle Jahr oder auch alle paar Jahre abgerechnet, ja es ist vorgesehen, das nach 10 und mehr Jahren erst abgerechnet ist. Mit diesem patriarchalischen Verhältnis soll gebrochen werden. Dies hat den ganzen Sinn des Unternehmertums entfacht. Die Unternehmer haben erklärt, bis zu 40  $\Delta$  zahlen zu wollen, im übrigen an den Verhältnissen aber nichts zu ändern. Dies bedeutet aber den heutigen Verhältnissen gegenüber eine Verschlechterung, da die neuen Maurer jetzt schon 40  $\Delta$  und darüber bekommen. Bleiben die Kollegen auch jetzt fest, dann werden sie siegen. Haben sie doch auch die Pflicht, mit gutem Beispiel voran zu gehen. In den vorderen Vogelsbergen und den angrenzenden Bezirken warten noch eine ganze Anzahl Orte, wo die Kollegen in nächster Zeit ihren Unternehmern die Forderungen präsentieren werden.

**Gau Hamm.** In Hamm ist der Streit in Dillingen (Westerwald). Die Unternehmer mahnen zwei Kollegen und die übrigen schieden dann freiwillig aus. Darob war alles ganz erstaunt. Mancher von den bieberein Einwohnern Dillingens hat wohl geglaubt, die leidenschaftliche Revolution sei ausgebrochen, zumal auch die Herren von der Polizei infeldmarktmäßig Anzug die Straßen abpatrouillierten, um den Streit zu verhindern. Das Vertragsnis der Streikenden weist 121 Kollegen auf, wodurch 68 vertraten sind. Zu neuen Bedingungen arbeiten 7. Die städtische Polizei weist 87 Streikende auf. Als Arbeitsswillige sind etwa 25 Arbeitsswillige Poliere, zu verzeichnen.

In Hatzenbeck bei Hamm haben die Kollegen zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufgenommen, da wenig Aussicht auf einen Erfolg vorhanden war. Die Kollegen werden im glänzenden Augenblick mit neuer Kraft den Kampf wieder aufnehmen.

**Gau Bremen.** Die Unternehmer in Bremen am Donnerstag, den 17. Mai, die Arbeit nicht wieder aufgenommen. Die Forderung lautet auf 48  $\Delta$  Stundenlohn, vom 1. April 1907 an 45  $\Delta$  und Nebenförderungen, so unter anderem die Aufhebung der Abschlagszahlungen. Es werden nämlich auf den verdienten Lohn nur Abschlagszahlungen geleistet und diese möglichst gering. Dann wird alle Jahr oder auch alle paar Jahre abgerechnet, ja es ist vorgesehen, das nach 10 und mehr Jahren erst abgerechnet ist. Mit diesem patriarchalischen Verhältnis soll gebrochen werden. Dies hat den ganzen Sinn des Unternehmertums entfacht. Die Unternehmer haben erklärt, bis zu 40  $\Delta$  zahlen zu wollen, im übrigen an den Verhältnissen aber nichts zu ändern. Dies bedeutet aber den heutigen Verhältnissen gegenüber eine Verschlechterung, da die neuen Maurer jetzt schon 40  $\Delta$  und darüber bekommen. In einer am 16. Mai stattgefundenen Versammlung ist sodann der Streit besiegelt. Das Vertragsnis der Streikenden weist 121 Kollegen auf, wodurch 68 vertraten sind. Zu neuen Bedingungen arbeiten 7. Die städtische Polizei weist 87 Streikende auf. Als Arbeitsswillige sind etwa 25 Arbeitsswillige Poliere, zu verzeichnen.

**Wiener Lage.** Wien, den 18. Mai. Die Unternehmer in Bremen am 14. Mai alle im Bürgeschäft tätigen Arbeiter aussperrten, falls sich die Maurer nicht bereit erklären, die Arbeit wieder aufzunehmen, haben sich sehr schnell eines Besseren besonnen. Sie haben sich zur Verhandlung bestimmt, was jedenfalls vernünftiger ist als aussperrn. Am 18. Mai fand im Beisein des Vertreters des Arbeitgeberverbandes für das Unterwerk- und Eisenbahnamt, Bremen-Bremen, sowie der Vertreter der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter die Verhandlung statt, die zu folgendem Ergebnis führte. Unsere Kollegen erhalten bei Wiederaufnahme der Arbeit 48  $\Delta$ , vom 1. Juli dieses Jahres an 44  $\Delta$  pro Stunde; außerdem erhalten sie für Überstunden, Nacht- und Weißarbeiten 10  $\Delta$  Lohnaufschlag pro Stunde. Junggefechte dürfen im ersten Gesellenjahr nicht unter 40  $\Delta$  pro Stunde erhalten. Unsere Kollegen, die die Arbeit wieder aufnehmen, haben nicht alles erhalten, es fehlt 1  $\Delta$ ; aber dies Angebot mußte in Rücksicht auf die Zimmerer angenommen werden. Der Lohn der Zimmerer stand auf 37  $\Delta$ , es war aber allgemein der Willen vorhanden, die Löhne der Maurer und Zimmerer gleichzustellen. Das ist erreicht und vertraglich wie folgt festgelegt worden: Die Zimmerer erhalten jetzt 40  $\Delta$ , vom 1. Juli dieses Jahres ab 42  $\Delta$  und vom 1. April 1907 ab 44  $\Delta$  pro Stunde. Diese Gleichstellung steht aber nur dann gerecht, wenn sich die Maurer mit dem Angebot der Unternehmer einverstanden erklären und am Donnerstag Morgen die Arbeit wieder aufzunehmen werden. Das haben unsere Kollegen getan. Auch die Bauarbeiter haben 3  $\Delta$  Lohnzulage pro Stunde erhalten; im übrigen steigt der Lohn wie der der Maurer. Die Organisationen sind gegenwärtig vertraglich vereinbart worden und Maßregelungen dürfen nicht stattfinden. Unsere Kollegen in Zwischenahr sind mit dem Ausgang des Kampfes voll aufzufreden.

### Die Lage in Wien.

Die bereits telegraphisch gemeldete Aussperrung läßt sich nun bereits ganz gut übersehen. Wenigstens soweit unseres Büros wurden insgesamt von 407 Baufällen 3768 Maurer ausgeworfen, während bei 17 Unternehmern noch 1761 Gefallen weiter arbeiten. Es sind dies Meister, die sich nicht an der Aussperrung beteiligen. Die Briefe bei Ausgesperrten geht flott von statthen; in den ersten beiden Tagen sind ausweislich der vorliegenden Abrechnungen



Trachenberg 10 E à 150 A. Leipzig 400 B à 45, 50 B à 55. Trichter 10 E à 50. Tief 400 B à 40. Treibis 10 E à 50, 50 A à 25. Triplis 10 E à 50. Teltow 10 E à 150. Tripli 1000 B à 40, 200 A à 25.

Ulm 100 E à 50 A, 80 E à 150.

Verden 400 B à 45 A, 100 A à 25. Velbert 50 E à 50, 10 E à 150. Vilshofen 200 B à 30, 50 E à 50, 100 K A 10. Viersen 20 E à 50. Wandsburg 200 B à 30, 100 K à 10. Warel 400 B à 40, 200 L à 30.

Werbau 1000 B à 35, 50 E à 50. Westerhau 20 E à 50.

Wilmershausen 50 E à 50. Worms 100 A à 25, 2400 B à 45.

Wölfis 400 B à 35, 50 B à 55, 20 E à 50. Waltersdorf 100 B à 60. Wermelskirchen 400 B à 45, 20 E à 50. Winsen a. d. Aller 400 B à 45, 50 E à 50. Wolfsberg 200 A à 25. Wittmund 200 B à 60, 200 E à 10, 20 E à 50. Würzen 5 E à 150. Waldheim 20 E à 50. Werder 1200 B à 50. Wolfenbüttel 600 B à 50, 300 B à 45, 200 B à 40, 5 E à 150. Wolfsberg 10 E à 50. Wiesbaden 2000 B à 55. Winsen (Luhe) 200 B à 65. Wilsbachen 800 B à 35. Weifelsfels 10 E à 50, 5 E à 150. Wilschhausen 18 E à 50. Waren 600 L à 100. Westerhau 200 B à 45, 15 E à 50. Wels 2 E à 150.

Werft 10 E à 50 A. Berlin 50 A à 25. Büllrichau 800 B à 30, 10 E à 50, 100 A à 25. Bittau 6000 B à 35, 80 E à 150. Bönen 10 E à 50. Beden 100 B à 35, 5 E à 150. Bismarck 3000 B à 35. Bielefeld 400 B à 30, 5 E à 150. Bäcker 200 B à 35, 200 A à 25. Bwenkau 10 E à 150.

**Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die bisher das Wahlprotokoll eingehandelt haben.**

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Peter Jafos I. Mannheim (Verb.-Nr. 285 414), August Gömmers Frankfurt a. M. (273 088), P. J. Staub-Göbeln (346 869), Karl Wiegner-Hameln (365 502), Karl Stöber-Steinach (278 773), Aug. Schüle-Holzheim (12 191), Christ Hartung-Salzungen (224 120), Johs. Lehmüller-Salzungen (289 250), L. Hießen-Sonnenburg (290 688), Joh. Danfer-Henselburg (68 447), Wilh. Störmer-Hamburg (83 104), Frdr. Graß-Waldenburg (281 302), Hub. Schwab-Waldenburg (251 836), Joh. Meyer-Dortmund (147 577), Anton Burzel-Kattowitz (320 768), Otto Steinbecker-Hallestein (36 101), Ernst Krammow-Dresden (63 589), Franz Josephs-Kiel (307 975), Georg Raasch-Schwaz (99 836), J. Sieg-Schwan (99 784), Georg Weigand-Wenberg (163 773), Walter Franz-Werl (258 632), Aug. Hirsch-Berlin (8744), W. Bend-Meinwald (127 344), Pietro Vatta-Henn (389 699), Jos. Oran-Kattowitz (345 836), Dommann-Budow (67 266), Jul. Appel-Nowitz (281 767), Hans Emmer-Nürnberg (304 328), Karl Höpfler-Zwischen (154 960).

**Ausgeschlossen sind auf Grund § 871 des Statuts vom Zweigverein Göllnow: Karl Koslowsh (Verb.-Nr. 72 818), Franz Mittag (72 350); Parc in: Ehlers (123 301).**

**NB.** Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rücksichtiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

**Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Lehrte: Heinrich Dies (Verb.-Nr. 106 307), geboren am 25. März 1877 zu Heide.**

Kollegen, denen der Aufenthalt des Dies bekannt ist, werden erfuhr, dem Vorstande des Zweigvereins Lehrte oder unter Mitteilung zu machen.

**Der Verbandsvorstand.**

### Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorankündigungen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags vorgenommen werden für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, dass Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.**

\* \* \*

**Bunzlau.** Am 15. Mai tagte im Gasthof „Zur Stadt Bunzlau“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung, die einen guten Besuch aufwies. Auf der Tagesordnung stand die Beratung eines Lohntarifs, der fast ganz in ihrer von Vorstand beschlossenen Form angenommen wurde. Nur über die Lohnsumme entspann sich eine rege Debatte, deren Ergebnis folgendes war: Vom 1. Juli 1906 bis 1. April 1907 soll der Stundenlohn 88 A und vom 1. April 1907 bis 1. Mai 1908 40 A betragen. Die Lohnkommission wurde beauftragt, den Tarif den Unternehmen zu unterbreiten und am 22. Mai die Antwort darum einzuholen. Kollege Laubel aus Görlitz schrieb in seinem Schlußwort die Lohnkämpfe in unseren Nachbargebieten und forderte die Kollegen auf, den guten Geist, den die Versammlung zeigte, auch im Laufe der Bewegung zu wahren.

**Crefeld.** Unser Zweigverein hielt am 6. Mai seine regelmäßige Versammlung ab. Zur ersten Punkt der Tagesordnung hielt Genosse B. Berg einen beißig aufgenommenen Vortrag über Gewerbegefechte. Sodann gab der Vorsteher einen kurzen Bericht von der Konferenz in M.-Gladbach; diese fand am 29. April statt, und war von sechs Mitgliedern resp. Delegierten des Zweigvereins Crefeld und von sieben von M.-Gladbach besucht. Der zweite Bericht war, für das Gebiet Crefeld-Gladbach einen Kollegen gemeinsam als Agitationsschüler auf die Arbeit zu nehmen. Aus der Wahl ging der Kollege Schröder hervor. Sodann gab Kollege Vogt den Bericht über seine Tätigkeit. Er war fünf Wochen lang zur Agitation freigestellt worden. Für hiesige Verhältnisse war das Resultat sehr günstig; es wurden in dieser Zeit 89 Neuauflnahmen gemacht, wovon der vierte Teil M. 150 Eintritt zählte. Den größten Anteil hat Bielefeld, wo die Kollegen jetzt in Bewegung stehen. In Bielefeld habe sich deutlich gezeigt, was plannmäßige zielbewußte Agitation vermöge. Ihnen 80 Pkt. der dortigen Maurer jetzt dort organisiert, wo vor einem Jahre noch kein Spur von Organisation vorhanden war. Auf die Stadt Crefeld entfallen laut Statistik 27 Unorganisierte. Kollege Hochlanders bean-

tragte, dem Kollegen Vogt Decharge zu erteilen, was einstimmig gefaßt wurde. Kollege Hochlanders wurde als Mitglied der Überwachungskommission für den Bauteil gewählt und berichtete hierauf über eine Sitzung mit der Innung. Der Vorsteher der Innung, Brühns, verdient es, als Vater eines tariftreuen Unternehmers zu gelten; er sagte wörtlich: „Und wenn heute ein Brief von unserer Verletzung kommt, tu es auszusperren, so tun wir es.“ Darauf fragte ihn Kollege Hochlanders: „Trotz des bestehenden Tarifs?“ „Ja!“ antwortete Brühns, „trotz des Tarifs!“ Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Verhandlung geschlossen. Eine merkwürdige Stelle spielt auch der freigestellte Thiles von den „Christlichen“; er läuft den Unternehmen die Bude ein, um Verträge abzuschließen. Die Bierener Unternehmer wollten uns den Gladbach-Tarif der „Christlichen“ (46 A Lohn und 10½ stündige Arbeitszeit) aufzwingen, wozu unsere Bierener aber keine Lust zeigten. Bierlen ist eben nicht wie das die bekannte Redner-Dreiflügelart beherbergende Gladbach; der Gossengest ist dort etwas besser entwickelt. Christlich organisierte, aber ehrliche Männer haben schon ganz unchristliche Worte über Thiles hören lassen; von „ungebrannter Asche“ hören wir einen christlichen Kollegen reden. Jedens nicht ganz unberechtigt, denn die Schäfchen müssen ja ihre Hirten kennen.

**Dresden.** Donnerstag, den 10. Mai, tagte im „Cranian“

eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung. Kollege Bürger gab zunächst die Namen der verstorbenen Kollegen bekannt; zu Ehren der Verstorbenen erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen. Sodann referierte Genosse Niem über: „Welt- und Arbeitsschlacht“; sein 1½ stündiger Vortrag fand reichen Beifall. Hierauf wurde die Quartalsabrechnung verlesen und auf Antrag dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum Punkt

„Gewerkschaftliches“ berichtete Kollege Barth über die Lohnbewegungen. Daraus ist hervorzulegen, daß die Unternehmer auf den Schanbauer-Streik mit der Ausspaltung aller Arbeiter in der Amtshauptmannschaft Pirna geantwortet haben. Der Kampf ist heftig; es wird hörbar, wie drinnen mit Erbitterung gekämpft; auch ist ein Teil der Schanbauer-Kollegen verhaftet.

Die internationalen Dresdner Streikfeinde leben sich im Meißnerbörzschen und die Polizei lädt das zu. Weiter wurde die Ende April aufgenommene Statistik bekannt gegeben; daraus geht hervor: Es arbeiten im Stadtgebiet Dresden 1249 Maurer, 112 Polizei, 77 Lehrer, 90 Kollegen arbeiten in Altförst, davon 24 waren 82 und 8 neuern in Altförst. Bauten sind 146 vorhanden; im Ausbauch und Abbruch sind 148, im Grunde 2. Dachausbau 13, im Fuß 17, Reparatur und Ausbau 62. Bei Unternehmern, die dem Arbeitgeberverband angehören, arbeiten 761 Kollegen, bei Spekulanten und unorganisierten Baumeistern arbeiten 498. Der Vertragslohn, 55 A pro Stunde, wird auf allen Bauten bezahlt, ebenfalls wird die ½ stündige Arbeitszeit eingehalten; nur einige unorganisierte Schornsteinkrämer arbeiten 10 Stunden und erhalten auch weniger Lohn. Die Statistik zeigt, daß die Bauteilkonjunktur in Dresden die deutlich schlechteste. Vor zehn Jahren (1896) arbeiteten hier 3300 Maurer. In der ersten und zweiten Zone, wozu 78 Ortschaften gehören, ist die Bauteilkonjunktur ebenfalls nicht befriedigend. Es arbeiten in den betreffenden Orten 319 Maurer, 36 Polizei und 29 Lehrlinge auf 45 Bauten. Der Vertragslohn, welcher in der ersten Zone 55 A, in der zweiten Zone 49 A pro Stunde beträgt, wird bezahlt; auch wird die ½ stündige Arbeitszeit eingehalten. Kollege Neumann erfuhr die Kollegen, sich recht zahlreich an der am Himmelfahrtstage stattfindenden Schweizerpartie zu beteiligen. Kollege Hallenbeck bringt eine Resolution ein, wonach den Vertragsmeistern der schärfste Tadel ausgesprochen wird wegen ihrer Haltung zur Meister, indem seine Verhandlung stillstand und auch kein Flugblatt an die Kollegen verabreicht worden ist. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, nach welcher die Resolution von der Versammlung abgelehnt wurde. Nach dreistündiger Dauer wurde der Vortrag abgebrochen.

**Gießen.** Samstag, den 5. Mai, tagte hier eine außerordentliche, sehr gut besuchte Versammlung. Von dem Vorstande wurde der Vorschlag gemacht, den feierlichen Schlussbeitrag von 5 auf 10 A zu erhöhen. Kollege Höltmann aus Frankfurt a. M. legte in kurzen Worten den Vortell klar, der durch seinen kleinen Opfer erzielt wird. Nachdem noch etliche Kollegen dafür gesprochen hatten, wurde der Vorschlag gegen eine Stimme angenommen. Zum zweiten Punkt erfuhrte der Vorsteher den Bericht der Schlichtungskommission. Er gab bekannt, daß am 2. April eine Sitzung der Schlichtungskommission stattgefunden habe. Die Unterhandlungen verliefen zu Gunsten der Kollegen. Dann wurde noch über einen Polier gestagt, der die Arbeiter nicht als Menschen, sondern als Vieh behandelt. Es wurde bekannt, daß wir uns eine solche Beziehung unter keinen Umständen mehr gefallen lassen könnten. Die Maurer von Gießen und Umgebung würden es unmöglich ihrer Einsicht fertig bringen, einem solchen Menschen das Handwerk zu legen. Es wurde weiter noch konstatiert, daß dieselbe Polier im Jahre 1902 den Unternehmern geraten haben soll, den Leuten weniger Lohn zu geben, er würde doch Leute genug bekommen. Es ist kaum glaubhaft, daß es heute noch Arbeiter gibt, die mit ihren Witwenkindern so verfahren, zumal ein Polier doch auch nur ein Arbeiter ist, der von seinem Lohn leben muß und der Polier doch denselben Vortell von einer Lohnerhöhung hat, wie der Arbeiter.

**Schönebeck.** Unsere Lohnbewegung in diesem Jahre scheint abgeschlossen zu sein. Wir haben dabei einen größeren Erfolg erzielt, als die Unternehmer gedacht haben mögen. Bisher stellten sich die Unternehmer auf einen droß abwesenden Standpunkt und niemals war es uns möglich, solange unter Zweigverein besteht mit ihnen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandeln zu können; immer liegen sie unsere Forderungen unbedacht und spielen sich auf den Bauten alle Paläste auf. Das wir früher mit unseren Forderungen keine Beachtung fanden, mag auch wohl darin seinen Grund haben, daß wir jedesmal zur ungeeigneten Zeit vorgegangen sind, weil wir uns über die Konjunktur nicht recht klar waren. Die Unternehmer hielten reitig oft mit der Arbeit zurück, obwohl wir nur einige wenige Bauteile zu bauen haben, wodurch wir sehr häufig geläufig wurden. Jetzt aber, wo die Bauteile gesiegt sind, ist es unmöglich. Wir entschlossen uns denn auch kurz, stellten unsere Forderung auf, reichten sie bei den Unternehmern ein und verlangten innerhalb acht Tage Altvortell, wobei ebenfalls die Arbeit eingestellt werden würde. Darob erhoben die Unternehmer natürlich ein großes Geschrei, doch als sie unter Feste Entschlossenheit sahen, schrieben sie, daß sie zu Unterhandlungen geneigt seien. Die Unterhandlung hat denn auch stattgefunden und ist dabei folgendes Resultat erzielt worden: Der Stundenlohn von 40 A wird bis zum 1. Juli d. J. auf 42 A erhöht, beläuft dann vom 1. Juli d. J. bis zum 1. April n. J. auf 42 A und vom 1. April 1907 bis 1. April 1909 auf 45 A. Dieses Resultat ist der Eintrittspunkt der Kollegen zu danken, die in der Zeit von 1902 bis jetzt tüchtig gelernt haben.

**Waldbheim.** Montag, den 7. Mai, beschäftigte sich eine sehr stark besuchte Maurerversammlung mit der Frage: „Wie stellen sich die Waldbheimer Maurer zur Durchführung ihrer eingereichten Forderung?“ Kollege Verholt aus Leipzig führte den Kollegen in kurzen, aber tressenden Worten klar vor Augen, wie notwendig und gerecht ihre Forderung unter den jetzigen Lebensverhältnissen sei. Nedner machte der Versammlung den Vortrag, den Unternehmern nochmals die Hände zu halten, um auf gütlichem Wege ihre Forderung zu erlangen. Den Ausführungen des Kollegen Verholt folgte großer Applaus. Nach langer Debatte erfolgte die Annahme des Vorschlags. Sollten die Unternehmer die Forderung, die eine Aufbesserung des Stundenlohnes von 33 auf 36 A bedingt, nicht bewilligen, so wird ein Streik der Waldbheimer Maurer unvermeidlich sein.

**Waldenburg i. Sch.** Mittwoch, den 9. Mai, tagte hier im „Schützenhaus“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Als Referent war Kollege Rentwig aus Breslau erschienen. Er bezeichnete in einer längeren, mit grossem Beifall aufgenommenen Rede den ungünstigen Bauteileinsatz und wies zählermäßig nach, daß jährlich Tausende infolge mangelhafter Gerüste und des Fehlens der Schutzeinrichtungen verwundet werden. Da die Staatsregierung nichts unternimmt, diesen schwerlichen Missständen Einhalt zu setzen, so bleibt dem Arbeiter nichts weiter übrig als sich zu organisieren, um mit Hilfe einer starken Organisation Abhilfe zu schaffen. In der Diskussion konnte fast jeder Kollege anführen, wie schlecht es hier noch mit den Schutzeinrichtungen steht. Die Verhandlungen fehlten fast ganz. Passiert einem Kollegen einmal ein Unfall, so muß ein Stück eines Kleidungsstückes abgerissen werden, um die Wunde zu verbinden. Sodann wurde über die notwendig gewordene Beitragserhöhung diskutiert und dieselbe gutgeheißen. Nach einer Darstellung der letzten Vorgänge in Breslau durch den Kollegen Fürle, wo ausgesperrte Arbeiter von der Schuhmannschaft attackiert und zum Teil schwer verletzt wurden, erhoben sich die Kollegen zu Ehren der Verletzten von ihren Plätzen. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen

unter vorstehendem Datum angegebenen Versammlung von den Maurern mit 856 gegen 83 Stimmen und von den Bauarbeitern mit 114 gegen 1 Stimme über dieses Geschäft ebenfalls die Sperre verhängt. In einem daraufhin von dem Arbeitgeberbund am 7. Mai eingegangenen Schreiben erfuhrte dieser eine Auflösung der Sperre, indem versprochen wurde, die Zimmerer des Maurermeisters Walther bei einem anderen Unternehmer in Arbeit zu bringen. Das genügte jedoch den farbigen Berufen nicht, sondern es wurden Gegenbedingungen gestellt, und zwar: Anrechnung und Durchführung der tariflichen Vereinbarungen und gefestigte Verhältnisse, Einführung sämtlicher Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer, soweit sie noch außer Arbeit stehen; Entfernung der „Arbeitsverbote“ und des Polters Panier, der durch sein gänzlich unzureichendes Verhalten die Farbigen berufen, daß die Maurer ergriffen werden müssten; Beteiligung des Pfostenüberhandels auf den Bauten. In einer 10. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer wurden die gestellten Bedingungen genehmigt und nachstehende Resolution einstimmig angenommen: Die Mitgliederversammlung der farbigen Bauarbeiter erklärt sich mit dem Arbeitgeberbund zugestimmtes Schreiben in allen Punkten einverstanden und bezeichnet die Schritte des Auschusses als die dem Antwortschreiben des Arbeitgeberbundes entsprechend.

**Wiesbaden.** Samstag, den 5. Mai, tagte hier eine außerordentliche, sehr gut besuchte Versammlung. Von dem Vorstande wurde der Vorschlag gemacht, den feierlichen Schlussbeitrag von 5 auf 10 A zu erhöhen. Kollege Höltmann aus Frankfurt a. M. legte in kurzen Worten den Vortell klar, der durch seinen kleinen Opfer erzielt wird. Nachdem noch etliche Kollegen dafür gesprochen hatten, wurde der Vorschlag gegen eine Stimme angenommen. Zum zweiten Punkt erfuhrte der Vorsteher den Bericht der Schlichtungskommission. Er gab bekannt, daß am 2. April eine Sitzung der Schlichtungskommission stattgefunden habe. Die Unterhandlungen verliefen zu Gunsten der Kollegen. Dann wurde noch über einen Polier gestagt, der die Arbeiter nicht als Menschen, sondern als Vieh behandelt. Es wurde bekannt, daß wir uns eine solche Beziehung unter keinen Umständen mehr gefallen lassen können. Die Maurer von Gießen und Umgebung würden es unmöglich ihrer Einsicht fertig bringen, einem solchen Menschen das Handwerk zu legen. Es wurde weiter noch konstatiert, daß dieselbe Polier im Jahre 1902 den Unternehmern geraten haben soll, den Leuten weniger Lohn zu geben, er würde doch Leute genug bekommen. Es ist kaum glaubhaft, daß es heute noch Arbeiter gibt, die mit ihren Witwenkindern so verfahren, zumal ein Polier doch auch nur ein Arbeiter ist, der von seinem Lohn leben muß und der Polier doch denselben Vortell von einer Lohnerhöhung hat, wie der Arbeiter.

**Gießen.** Samstag, den 5. Mai, tagte hier eine außerordentliche, sehr gut besuchte Versammlung. Von dem Vorstande wurde der Vorschlag gemacht, den feierlichen Schlussbeitrag von 5 auf 10 A zu erhöhen. Kollege Höltmann aus Frankfurt a. M. legte in kurzen Worten den Vortell klar, der durch seinen kleinen Opfer erzielt wird. Nachdem noch etliche Kollegen dafür gesprochen hatten, wurde der Vorschlag gegen eine Stimme angenommen. Zum zweiten Punkt erfuhrte der Vorsteher den Bericht der Schlichtungskommission. Er gab bekannt, daß am 2. April eine Sitzung der Schlichtungskommission stattgefunden habe. Die Unterhandlungen verliefen zu Gunsten der Kollegen. Dann wurde noch über einen Polier gestagt, der die Arbeiter nicht als Menschen, sondern als Vieh behandelt. Es wurde bekannt, daß wir uns eine solche Beziehung unter keinen Umständen mehr gefallen lassen können. Die Maurer von Gießen und Umgebung würden es unmöglich ihrer Einsicht fertig bringen, einem solchen Menschen das Handwerk zu legen. Es wurde weiter noch konstatiert, daß dieselbe Polier im Jahre 1902 den Unternehmern geraten haben soll, den Leuten weniger Lohn zu geben, er würde doch Leute genug bekommen. Es ist kaum glaubhaft, daß es heute noch Arbeiter gibt, die mit ihren Witwenkindern so verfahren, zumal ein Polier doch auch nur ein Arbeiter ist, der von seinem Lohn leben muß und der Polier doch denselben Vortell von einer Lohnerhöhung hat, wie der Arbeiter.

**Schönebeck.** Unsere Lohnbewegung in diesem Jahre scheint abgeschlossen zu sein. Wir haben dabei einen größeren Erfolg erzielt, als die Unternehmer gedacht haben mögen. Bisher stellten sich die Unternehmer auf einen droß abwesenden Standpunkt und niemals war es uns möglich, solange unter Zweigverein besteht mit ihnen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandeln zu können; immer liegen sie unsere Forderungen unbedacht und spielen sich auf den Bauten alle Paläste auf. Das wir früher mit unseren Forderungen keine Beachtung fanden, mag auch wohl darin seinen Grund haben, daß wir jedesmal zur ungeeigneten Zeit vorgegangen sind, weil wir uns über die Konjunktur nicht recht klar waren. Die Unternehmer hielten reitig oft mit der Arbeit zurück, obwohl wir nur einige wenige Bauteile zu bauen haben, wodurch wir sehr häufig geläufig wurden. Jetzt aber, wo die Bauteile gesiegt sind, ist es unmöglich. Wir entschlossen uns denn auch kurz, stellten unsere Forderung auf, reichten sie bei den Unternehmern ein und verlangten innerhalb acht Tage Altvortell, wobei ebenfalls die Arbeit eingestellt werden würde. Darob erhoben die Unternehmer natürlich ein großes Geschrei, doch als sie unter Feste Entschlossenheit sahen, schrieben sie, daß sie zu Unterhandlungen geneigt seien. Die Unterhandlung hat denn auch stattgefunden und ist dabei folgendes Resultat erzielt worden: Der Stundenlohn von 40 A wird bis zum 1. Juli d. J. auf 42 A erhöht, beläuft dann vom 1. Juli d. J. bis zum 1. April n. J. auf 42 A und vom 1. April 1907 bis 1. April 1909 auf 45 A. Dieses Resultat ist der Eintrittspunkt der Kollegen zu danken, die in der Zeit von 1902 bis jetzt tüchtig gelernt haben.

**Waldheim.** Montag, den 7. Mai, beschäftigte sich eine sehr stark besuchte Maurerversammlung mit der Frage: „Wie stellen sich die Waldbheimer Maurer zur Durchführung ihrer eingereichten Forderung?“ Kollege Verholt aus Leipzig führte den Kollegen in kurzen, aber tressenden Worten klar vor Augen, wie notwendig und gerecht ihre Forderung unter den jetzigen Lebensverhältnissen sei. Nedner machte der Versammlung den Vortrag, den Unternehmern nochmals die Hände zu halten, um auf gütlichem Wege ihre Forderung zu erlangen. Den Ausführungen des Kollegen Verholt folgte große Applaus. Nach langer Debatte erfolgte die Annahme des Vorschlags. Sollten die Unternehmer die Forderung, die eine Aufbesserung des Stundenlohnes von 33 auf 36 A bedingt, nicht bewilligen, so wird ein Streik der Waldbheimer Maurer unvermeidlich sein.

**Waldenburg i. Sch.** Mittwoch, den 9. Mai, tagte hier im „Schützenhaus“ eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Als Referent war Kollege Rentwig aus Breslau erschienen. Er bezeichnete in einer längeren, mit grossem Beifall aufgenommenen Rede den ungünstigen Bauteileinsatz und wies zählermäßig nach, daß jährlich Tausende infolge mangelhafter Gerüste und des Fehlens der Schutzeinrichtungen verwundet werden. Da die Staatsregierung nichts unternimmt, diesen schwerlichen Missständen Einhalt zu setzen, so bleibt dem Arbeiter nichts weiter übrig als sich zu organisieren, um mit Hilfe einer starken Organisation Abhilfe zu schaffen. In der Diskussion konnte fast jeder Kollege anführen, wie schlecht es hier noch mit den Schutzeinrichtungen steht. Die Verhandlungen fehlten fast ganz. Passiert einem Kollegen einmal ein Unfall, so muß ein Stück eines Kleidungsstückes abgerissen werden, um die Wunde zu verbinden. Sodann wurde über die notwendig gewordene Beitragserhöhung diskutiert und dieselbe gutgeheißen. Nach einer Darstellung der letzten Vorgänge in Breslau durch den Kollegen Fürle, wo ausgesperrte Arbeiter von der Schuhmannschaft attackiert und zum Teil schwer verletzt wurden, erhoben sich die Kollegen zu Ehren der Verletzten von ihren Plätzen. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen

Nentwig, die Kollegen möchten auch am hiesigen Orte im Bereich mit der Ortsverwaltung für besseren Bauarbeiterchung sorgen, schloß Kollege Fürls mit einem Hoch auf den Centralverband der Maurer Deutschlands die Versammlung.

### Auszug aus dem Protokoll des Einigungsamtes für das Baugewerbe im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

(Sitzung am 5. Mai 1906 in Essen.)

Anwesend: Beigeordneter Dr. Wiedehöft als Vorsitzender, Verbandsdirektor Schmidhaeus und drei Bautechniker als Vertreter der Unternehmer, sowie vier Gauleiter der beteiligten Gewerkschaften.

Zu Punkt 1 wurde festgestellt, daß in der am 2. April d. J. stattgefundenen Sitzung des Einigungsamtes mit ausdrücklicher Zustimmung der Vertreter des Arbeitgeberbundes zu § 3 Absatz 8 der Arbeitsordnung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten folgende authentische Interpretation gegeben hat: „Allgemeinen ist das Fehlen von Material kein Grund, den Arbeiter sofort ohne Kündigung zu entlassen. Nur wenn der Unternehmer durch Naturereignisse oder andere durch sein Zutun unabwendbare Zusätze an der Beschaffung des Materials verhindert ist, sind die Voraussetzungen, die eine sofortige Entlassung berechtigen, gegeben.“

Zu Punkt 2 der Tagesordnung, Antrag der Schlichtungskommission für Maurer in Essen vom 12. April 1906, eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die 80 Pkt. des verdienten Lohnes für sechs oder neun Tage ausgezahlt werden sollen, wird beschlossen: Die Beschlusshaltung über den Antrag wird verlängert. Die Mitglieder des Einigungsamtes werden Informationen darüber einziehen, ob und in welchen Gebieten in der Praxis die 80 Pkt. Abschlag für sechs oder neun Tage gezahlt werden sind.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung, Antrag derselben Kommission, Bestimmung dahin zu treffen, daß auch der Arbeitgeber gehalten ist, die Auflösung des Arbeitsverhältnisses einen Tag vorher mitzutunen, wird beschlossen: Eine Beschlusshaltung hierüber erübrigt sich mit Rücksicht auf § 122 der Arbeitsverordnung, wonach die Aufklärungsfristen für beide Teile gleich sein müssen.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung, Antrag des Arbeitgeberbundes auf Regelung der Lohnverhältnisse im Plattenlegergewerbe zu Dortmund und Essen, wird beschlossen: Das Einigungsamt hat grundsätzlich keine Bedenken, den bestehenden Tarif auf das Plattenlegergewerbe auszuweiten, zumal Arbeitgeber wie Arbeiter des Plattenlegergewerbes bereits den bestehenden Organisationen der Vertragsparteien angehören. Zur Regelung dieser Angelegenheit soll am 15. Mai eine Sitzung im Rathaus in Essen unter Buziehung der Beteiligten beider Parteien stattfinden. Die anwesenden Vertreter der einzelnen Organisationen übernehmen es, die Beteiligten zu diesem Termine zu laden.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung, Beschlusshaltung über den vereinbarten Tarif für Dinslaken und Umgegend sowie für Dorsten, wird beschlossen: Den im Volksberlin zu Dinslaken am 30. April 1906 vereinbarten Verträgen wird zugestimmt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung, Antrag des Arbeitgeberbundes um Regelung der Lohns- und Arbeitsverhältnisse in Rheine und Borgdorf, wird beschlossen: Das Einigungsamt hat gegen die Ausdehnung des Vertrages auf diesem Gebiete keine Bedenken. Zur Regelung dieser Angelegenheit soll am 15. Mai eine Sitzung im Rathaus in Essen stattfinden, zu der die Beteiligten von den einzelnen Organisationen geladen werden sollen.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung, Antrag der Schlichtungskommission Unna vom 25. April d. J., den Ort Brambauer dem Lohngebiet Mengede zuzuwenden und den Lohn für Brambauer mit dem für Mengede gleichzustellen, wird beschlossen: Aus grundsätzlichen Bedenken erklärt sich das Einigungsamt im Interesse der Stabilität der geschaffenen Verhältnisse gegen eine Änderung in der Abgrenzung des Lohngebietes, wie sie durch den Vertrag festgelegt sind. Die Schlichtungskommission Lünen soll jedoch erlaucht werden, die Angelegenheit in einer Sitzung nochmals zu beraten, die Hinzunahme von Waltrup und damit die Ausscheidung eines neuen besonderen Lohngebietes zu erwägen und dann dem Einigungsamt einen neuen Antrag einzureichen.

Beschluss außerhalb der Tagesordnung: Von dem Schlichtungskommission Homburg-Hochscheid-Wörres, wonach eine gegenseitige Kündigung für dieses Lohngebiet ausgeschlossen ist, wird Kenntnis genommen.

Auf Anregung eines Mitgliedes des Einigungsamtes soll die Schlichtungskommission Unna um Auskunft darüber erachtet werden, ob in dem Lohngebiet Unna befristete oder unbefristete Kündigung besteht, und gegebenenfalls welche.

Auf die Anfrage des Obmannes der Schlichtungskommission Hagen vom 4. Mai d. J., betreffend Einrechnung der Osterferielage in die Probezeit, wird auf den Beschluss des Einigungsamtes vom 21. Oktober 1905, wonach unter der im § 7 des Arbeitsvertrages vom 31. August 1905 vereinbarten Probezeit sechs volle Arbeitstage zu verstecken sind, verwiesen.

Derjenige Obmann soll auf die Anfrage vom gleichen Tage, betreffend verschärfte Ausfolgung von Entlassungsbüppen durch einen Unternehmer in Hagen, erachtet werden, wegen der geltend gemachten Entschädigungsansprüche die Schlichtungskommission Hagen anzurufen und, falls hier eine fiktive Lösung nicht zu stande kommen sollte, ihm anheimzugeben, die Ansprüche auf dem vorgefesselten Rechtsweg zu verfolgen.

Derjenige Obmann wird auf die weitere Anfrage wegen zu geringer Entlohnung italienischen Maurer während der ersten sechs Arbeitstage auf den Beschluss des Einigungsamtes vom 18. Dezember 1905, nach dem während der sechzägigen Probezeit mit Ausnahme der invaliden und jugendlichen Arbeiter bis zum 18. Lebensjahr sowie für Jungegelehrte im ersten und zweiten Lebensjahr der tatsächlich festgelegte Arbeitslohn zu zahlen ist, hingewiesen.

Auf die weitere Anfrage desselben Obmanns, betreffend Niederlegung der Arbeit von italienischen Maurern in Haspe, soll ihm mitgeteilt werden, daß, falls der Vertrag vom 31. August 1905 entgegen der Vorstufe des § 10 Abz. 2 in der Baubude nicht ausgehangen hat, auch den Arbeitern auf irgendeine andere Art nicht zugänglich gemacht werden ist; die Arbeiter zur Einhaltung der Kündigungsfrist nicht verpflichtet waren.

Der von dem Obmann der Schlichtungskommission Hagen zur Kenntnis des Einigungsamtes gebrachte Fall, betreffend den Unternehmer Fischer in Hagen, wird zunächst an die dortige

Schlichtungskommission mit dem Erischen um gültliche Regelung verwiesen.

Der Vorsitzende der Schlichtungskommission kann generell nicht angeklagt werden, alle eingehenden Beschwerden gemeinschaftlich mit dem Obmann der Schlichtungskommission mindestens mit dem Unternehmer zu erledigen. Es muß dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission überlassen bleiben, zu bestimmen, ob er auf mündlichem oder schriftlichem Wege die Beschwerde zur Erledigung bringen will. An die vorgeschriebenen Briefen ist er selbstverständlich in allen Fällen gebunden.

meistern mit allen Mitteln zu Hilfe kommen. Alle Unternehmer der Gips- und Stuckbranche, die die Forderung der Streitenden bewilligen, sollten vor den Herren Baumeistern vorholtert und in Acht und Bahn gelan werden. Unter anderem wurde am 14. Mai folgendes Gutachten an die Einigungsinstanz überbracht:

„Sehr dringlich! Bei dem Streit der Gipsergesellen, Stuckateure und Baubildhauer sind die Pfeile des ganzen hamburgischen Baugewerbes und darüber hinaus auf die Stellung der Baumeister gerichtet. Es ist unzweckmäßig, daß die Generalübernehmer eine große Verantwortung dafür tragen, daß die neuständige Arbeitszeit auf den Bauern erhalten bleibt. Die Generalübernehmer haben deshalb unbedingt darüber zu wachen: 1. daß auf ihren Bauten weder durch Gipser noch durch Stuckateure Arbeiten unter Verkürzung der Arbeitszeit ausgeführt werden; 2. daß von den Baubildhauern vorläufig keine fertigen Gipsbauteile gefordert werden, weder für Fassaden noch für Deckenabformationen usw.; 3. daß die Arbeitgeber, sowohl Gipsermeister, Stuckateure und Bildhauer gewungen werden, die Vermittlung der 8½ stündigen Arbeitszeit sofort rückgängig zu machen. Der Vorstand, W. Bummert, Obermeister.“

Über das, was vorst. Meister Bummert kommt nichts mehr retten. Die Bildhauer und Stuckateuremeister hatten schon längst bemüht, und auch von den Gipsermeistern fiel einer nach dem anderen ab von dem Schwarzwälder Bund. Als alle Streitenden zu den geforderten Bedingungen in Arbeit standen, war es auch, um den Widerstand bei Einigung der Gipser und Gipszieher gelöscht; auch sie fielen in hohen Uniform kapituliert. — Wie würden uns nur gar nicht wundern, wenn Herr Bummert bei seinen Sitzungen genossen befragte und durchsetzte, die achtstündige Arbeitszeit gleich für das ganze Baugewerbe einzuführen, sonst mühte er den Schmerz demnächst noch einmal durchsetzen, denn die übrige Bauarbeiterchaft wird doch nicht hinter den Gipsern zurückbleiben wollen.“

\* Der Töpferverband zählte nach seiner Jahresabrechnung am Ende des Jahres 1905 10 333 Mitglieder, was gegen das Jahr 1904 eine Zunahme von 370 bedeutet. Zahlstellen befinden sich 182. Die Gesamteinnahme betrug im Berichtsjahr M. 238 516,85. Die Hauptkasse erhielt davon M. 144 648,50, während sie M. 85 177,80 verausgabte. Von der Ausgabe entfielen M. 27 125,00 auf die Streitunterstützung, M. 10 086,30 auf die Herstellung des Fachorgans, M. 8728,70 auf Agitation und M. 3500 auf Unterhälften unserer Gewerkschaften. Der Überschuß betrug M. 59 470,70, das Vermögen der Hauptkasse M. 179 304,60.

### Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

\* Minderwertige Arbeiter. Freitag, den 20. April, führte das Gewerbege richt Elberfeld ein Urteil, das mit der bisherigen Spruchpraxis dieses Gerichts in diametralen Gegensatz steht. Der Sage liegt folgender Tatbestand zu Grunde: Ein Maurer habe bei einem Elberfelder Unternehmer 7½ Stunden gearbeitet. Am Sonntag erhielt er ab und war bald darauf eine Leiche. Man brachte ihn in die Leichenhalle des städtischen Krankenhaus. Der junge Kollege hat seine Stiefelteufel begleiten müssen. Ebing. Einem Todesturz machte der Maurer Schaffner, der bei dem Schornsteinbau der neuen Schickhauser elektrischen Zentrale beschäftigt war. Bekanntlich sind die Schornsteinmauer Spezialisten, weil sich nicht jeder Maurer für diese Arbeiten eignet. Schaffner stammte aus Berlin in Hessen und war von einem hannoverschen Schornsteinbau-Unternehmer nach Ebing gesandt worden. Der junge Mann — er war einige zwanzig Jahre alt — wollte nun, nach der „Eibl. Blg.“, den Umständer seiner befreindene Gewandtheit zeigen, indem er mit einer Hand die Steigeisen emportstreckte und die andere Hand in die Hüfte stützte. Anfangs ging die Sache auch ganz gut. Bloßlich glitt Schaffner aber aus; er konnte nicht mehr schnell genug die andere Hand zu Hüfte nehmen. Aus einer Höhe von 24 m stürzte er ab und war bald darauf eine Leiche. Man brachte ihn in die Leichenhalle des städtischen Krankenhaus. Der junge Kollege hat seine Stiefelteufel begleiten müssen.

Essen. Samstag, den 19. Mai, brach auf dem Neubau des Bauunternehmers Schramm in Altenessen das Gerät zusammen, wobei der Kollege A. Szepantai einen Überschlags- und doppelten Beinbruch erlitt. Ein Baugärtner arbeitete mit eingehaltenen Haftabbindungen davon. Der Unfall ist auf mangelhaftes Gerät zurückzuführen.

Essen. Samstag, den 19. Mai, brach auf dem Neubau der Kolonie Egen in Bottrop ein Maurer von der zweiten Etage in den Keller und trug schwere, innere Verletzungen davon. Es muß aber konstatiert werden, daß die Balkenlage sehr schlecht abgedeckt waren. Die ausführende Firma ist Käßner von Osterfeld.

Wie es da endet. Am 18. Mai fiel an einem Neubau an der Dobheimerstraße ein Lehrling durch einen Sturztritt circa 6 m hoch ab und erlitt eine Fußverstauchung, so daß er mittels Draufschieße in die Wohnung seiner Eltern verbracht werden mußte. — Am 17. Mai, kurz nach 1 Uhr Mittags, rutschte am Neubau Sonnenbergerstraße 8 eine Erdwand von 4,50-m Höhe und galt 8 m Breite plötzlich zusammen und begrub drei Maurer, die gerade damit beschäftigt waren, das Fundament auszumauern. Die Verstärkungen wurden von den anderen Kollegen raffig aus den Erdmassen befreit und durch die herbeigerufenen Sanitätswache nach dem städtischen Krankenhaus überführt. Der 19. Jahr alte Kollege Gustav Seuß aus Kesselsdorf verstarb kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus, während der Kollege Karl Müller aus Hövel, der innere Verletzungen davongetragen hatte, die Kräfte des Unterganges nicht überstand. Der Kollege Heinrich Maurer, der nur leichte Verletzungen erhalten hatte, konnte seinen Heimatort Kloppenheim aufsuchen. Schuld an dem Zusammenbruch war der Amtmann, daß die galt 6 m lange Wand senkrecht nach etwa 80 cm untergraben war, ohne nur in irgend einer Weise abgesteift zu sein. Wenn die Schulden an der Unterlastung der Vorsichtsmaschine trifft, wird die Untersuchung noch ergeben.

Am Bahnhofsteubau, in Ausführung der Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau, Frankfurt, waren am 18. Mai einige Maurer damit beschäftigt, ein Gerüst abzubrechen. Beim Ablassen einer Gerüststange kam eine Gerüstbiele, die jedenfalls nicht in der richtigen Weise bestellt war, ins Rutschen und fiel einem unten beschäftigten italienischen Arbeiter aus einer Höhe von etwa 14 m auf den Kopf und zertrümmerte ihm die Hirnschale. Durch die Sanitätswache wurde der schwerverletzte Arbeiter nach dem Krankenhaus gebracht, starb aber schon auf dem Transport. Es ist nur ein Wunder, daß dem Bahnhofsteubau nicht schon mehr Unglücksfälle passiert sind, da ein großer Teil der dort beschäftigten Maurer vor lauter Angst und Überstundendruck gegen die Unfallverhütungsvorschriften völlig abgestumpft ist und nur Sinn dafür hat, recht viele Stunden zu arbeiten.

### Aus anderen Berufen.

\* Die Hamburger Stuckateure und Gipser haben sich einen mehrwöchigen Streik die achtstündige Arbeitszeit erklungen. Vor einigen Tagen noch wollten die Baugewerksinnung „Baumeister zu Hamburg“ den Gipser-

meistern mit allen Mitteln zu Hilfe kommen. Alle Unternehmer der Gips- und Stuckbranche, die die Forderung der Streitenden bewilligen, sollten vor den Herren Baumeistern vorholtert und in Acht und Bahn gelan werden. Unter anderem wurde am 14. Mai folgendes Gutachten an die Einigungsinstanz überbracht:

„Sehr dringlich! Bei dem Streit der Gipsergesellen, Stuckateure und Baubildhauer sind die Pfeile des ganzen hamburgischen Baugewerbes und darüber hinaus auf die Stellung der Baumeister gerichtet. Es ist unzweckmäßig, daß die Generalübernehmer eine große Verantwortung dafür tragen, daß die neuständige Arbeitszeit auf den Bauern erhalten bleibt. Die Generalübernehmer haben deshalb unbedingt darüber zu wachen: 1. daß auf ihren Bauten weder durch Gipser noch durch Stuckateure Arbeiten unter Verkürzung der Arbeitszeit ausgeführt werden; 2. daß von den Baubildhauern vorläufig keine fertigen Gipsbauteile gefordert werden, weder für Fassaden noch für Deckenabformationen usw.; 3. daß die Arbeitgeber, sowohl Gipsermeister, Stuckateure und Bildhauer gewungen werden, die Vermittlung der 8½ stündigen Arbeitszeit sofort rückgängig zu machen. Der Vorstand, W. Bummert, Obermeister.“

\* Das Vereinigte Gesetz sollten die Kollegen Anton Bias und Hermann Baude in Oppeln in Oberschlesien über-

treten haben, weshalb sie von dem dortigen Schöffengericht zu einer Geldstrafe von M. 40 bezüg. M. 50, oder im Nichtbeitreibungsfalle zu acht bzw. zehn Tagen Gefängnis verurteilt wurden. Das Gericht stützt sein Urteil auf folgende Entscheidungsgründe:

Die Angeklagten sind nach ihren eigenen Angaben ähnlich einer Anfang November 1905 bei dem Neubau einer Papierfabrik in Krappis ausgebrochenen Streikbewegung dorthin gelommen. Sie begaben sich von der außerhalb der Stadt gelegenen Baustelle mit circa 80 Maurern nach der Stadt. Am Anfang der Stadt trennten sie sich und die Streikenden in verschiedene Abteilungen. Nachdem Baudie mit circa 20-30 Maurern aus einem Lotele, in dem sie den nötigen Platz und die nötige Ruhe nicht gefunden hatten, weggegangen waren, begaben sie sich in das Kurzschiff-Gasthaus, um dort das Streikbüro einzumachen zu können.

Der Angeklagte Baudie fragte dort die bei dem Bau beschäftigten Maurer nach den Personal- und Familienverhältnissen und notierte sich diese Angaben, während der mit den anderen Maurern inzwischen nachgekommenen Angeklagten Bias mit den eingelieferten Maurern die Lage und näheren Verhältnisse des Streiks besprach. Von der genannten Zusammenkunft hatte der Polizeierrhegeant Hölter erfahren und begab sich deshalb ins Kurzschiff-Gasthaus. Auf seine an Baudie gerichtete Frage, weshalb die Versammlung nicht polizeilich angemeldet worden sei, erhielt der Zeuge Hölter die Antwort: „Ja, da geht Ihr zu den Gattwirten, und die dürfen uns dann keine Räume hingeben; übrigens ist das auch keine Versammlung.“ Daraufhin ist die Versammlung von dem Zeugen Hölter aufgelöst worden, da eine Anzeige bei der Polizeibehörde nicht erfolgt war.

Der Sachverhalt ist durch die Angabe der Angeklagten und das eidliche Beugnis des Hölter erweisen worden.

Die Ausführungen der Angeklagten, daß eine Versammlung nicht vorliege, und ferner öffentliche Angelegenheiten nicht erörtert worden sind, hat das Gericht nicht beizutreten vermocht. Denn unter Versammlung ist eine gewisse, an Zahl nicht zu geringe, äußerlich irgendwie verdeckte Menschenmenge anzusehen, sobald zu dem außeren Bilde auf gemeinsame, bewußte Ziele und Zwecken beruhende innere Vereinigung hinzutritt. (Dalle, 9. Auflage, Seite 539.) Was sodann das Störtern öffentlicher Angelegenheiten anlangt, so hat das Gericht nicht beizutreten, da der bei dem Bau beschäftigte Maurer seitens des Baues und in dem Besprechen der Streikangelegenheit durch Bias erklärt. Denn die Aufnahme der Personal- und Vermögensverhältnisse berfolgte nicht irgend welche statistischen Zwecke, sondern war die Vorbereitung für die Organisation und Durchführung des Streiks. Diese Erörterungen waren, da ein Streit nicht allein die persönlichen Verhältnisse der Maurer als eine geschlossene Personenzahl, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen beeinflußt, als öffentliche Angelegenheiten im Sinne der Verordnung anzusehen. (Vergleiche Kammergerichtsentscheidung Band XIX Seite 301.) Der in der Kammergerichtsentscheidung Band 26 C Seite 71 vertretenen Ansicht vermodachte das Gericht nicht beizutreten. Denn wenn auch ein Streit in erster Linie die Hebung der wirtschaftlichen Lage einer bestimmten Gruppe von Arbeitnehmern bezweckt und in seinen Ursprüngen nur Profitinteressen dient, so hat er doch in seiner Weiterleitung als sogenannter Generalstreit nur die Absicht, ein gegnerisches Verhältnis aller Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Erscheinung zu bringen und eine Aenderung der bestehenden staatlichen Ordnung herbeizuführen. Daß unter Berücksichtigung dieses Endzwecks eines Streiks die Inszenierung eines solchen eine öffentliche Angelegenheit darstellt, war nicht zu verneinen. Daß den Angeklagten das Bewußtsein, es handle sich vorliegend um eine Versammlung im Sinne des § 1 der Verordnung vom 11. März 1850, innewohnt hat, geht auch aus der vom Zeugen Hölter glaubhaft befundeten Aeußerung her vor, daß sie bei polizeilicher Anzeige der Versammlung kein Vorfall befürchtet haben würden, her vor. Ferner hat das Gericht auch aus dem Umstände, daß die Angeklagten erst von auswärts aufgetreten, gefolgert, daß es sich nicht nur um die Auflockerung der Arbeitsverhältnisse der hiesigen bestimmten Maurer handelt, sondern um eine generelle, die Allgemeinheit betreffende Angelegenheit.

### Verschiedenes.

\* Reliquien. Über den vom Klerus geschilderten großgezogenen Reliquienglauben finden wir in dem Buche „Wider die Pfaffenheit“ das von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene ist, folgende lebenswerte Sätze: „Als die Gestalten des Kirchenglaubens vollständig zu werden begannen, verlangte das Volk nach sichtbaren Zeichen ihres Erdenlebens. Der heidnische Sinn erwies sich immer wieder stärker als der fromme Glaube. Reliquien fanden sich schon bei den heidnischen Völkern bei den Griechen und Römern, den Indianern und Muslimen. Auch der christliche Klerus bedurfte ihrer und sie stellten sich in reicher Fülle ein. Dreihundert Jahre nach Jesus Tode fand Helena, die Mutter Kaiser Konstantins, Grab und Kreuz Christi und die Kreuze der beiden Schächer auf. Das Findesgrüst der frommen Helena übertrumpfte die Findigkeit der Pfaffen, mit der sie feststellten, welches von den drei Kreuzen das heilige sei. Nach der Sage legten sie einen Schwertkranz auf eins der Kreuze — er wurde kränker; es war das Kreuz des gottlosen Schächers. Sie legten ihn auf das zweite Kreuz — er wurde besser; es war das Kreuz des frommen Schächers. Sie legten ihn auf das dritte Kreuz — er stand stolz und gesund auf. Heil, das Kreuz Christi war gefunden. Inniere neue Reliquien gefielten sich hinzu und wurden nicht bloß die reichen, sondern auch die seltsamste Sammlung der Welt. Nach den Kreuzjügen ergab sich eine wahre Flut von Heiligtümern über die Welt. Die Kreuzfahrer, in ihren Hoffnungen auf märchenhaften Reichstum getäuscht, suchten durch den Handel mit Heiligtümern auf ihre Kosten zu kommen, und als dies einzelnen glückte, brachte bald jeder Kreuzfahrer seine Reliquie mit. Es wollte auch jede Stadt und jede

Kirche ihre Reliquie haben. Sie gab der Kirche Bedeutung, denn die Reliquie wurde verehrt; ja, unter geschädigten Pfaffenlanden begann sie Wunder zu tun, machte Lahme gehend, Blinde sehend, brachte geheime Dinge an den Tag. Von fernher welschfahrt die Gläubigen und der Opferstock füllte sich mit ihren Gaben. Grund genug, eifrig nach neuen Heiligtümern auszuschauen.

Die Leider und die Gliedmaßen der Heiligen waren schließlich so zahlreich da, daß der einzelne Heilige in drei, vier und noch mehr Exemplaren auf der Erde hätte gewandelt haben müssen. Das Holz vom Kreuze Christi häufte sich zu einer solchen Menge, daß man daraus hätte einen Turm bauen können. Die Stütze den Gewänden oder Händen der Heiligen wuchsen, aneinandergelegt, zu Riesenstümmen aus. Sollte nicht durch die Fülle des Segens glücklicher Finder der ganze Reliquienglauben dem Spott verfallen, so mußte dem Handel gefeuert werden. Die Päpste unternahmen dies, indem sie veranlaßten, daß jede Reliquie in Rom auf ihre Echtheit geprüft werde. Doch diese Echtheitsprüfung wurde durch das Geldbedürfnis der Päpste bald zu einer neuen Einzugsquelle des päpstlichen Hofes und wurde entsprechend geleitet. Brachten die Reliquienbesitzer die echt römisch Klingende Beweise bei, dann wurde ihr Werk für echt befunden, und so hatte dann auch die Prüfungskommission keinen anderen als einen finanziellen Wert für die päpstliche Kasse.

Der heilige Dionysius existiert als Reliquie in zwei vollständigen Exemplaren zu St. Denis und St. Emerian. Die Gebeine des heiligen drei Könige aus dem Morgenlande, die vor der heilsehemittischen Krippe anbeteten, sind nicht nur in dem kostbaren Schrein des Domes zu Köln, sondern auch an anderen Orten zu sehen. Windeln des Jesukindes werden nicht bloß in Nachen aufbewahrt und ausgestellt.

\* Eine warnde Statistik. Die Gefangenengesellschaft zu Elberfeld-Barmen hat bei 100 in ununterbrochener Reihenfolge in das Gefängnis zu Elberfeld eingelieferten Personen festgestellt, innerhalb der Altholz die Schulden an den ihnen zur Last gelegten Vergessen und Verbrechen gegen das Strafgesetz trug. Nach dem vom Gefangeneprediger Just darüber erfassten Bericht war bei diesen 100 Fällen 20 mal die mittelbare Ursache der Straftat. Bei den ersten genannten Fällen handelt es sich meist um Bobheiten, s. B. Körperverletzung, Mißhandlungen, Tierquälereien und Widerstand gegen die Staatsgewalt, bei den übrigen Fällen, die gewöhnlich auf die Nachwirkung eines Raufusses am Sonnabend oder Sonntag zurückzuführen waren, um Sittlichkeitsverbrechen, Unterschlagungen, Gelegenheitsdiebstähle und vergleichbare.

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 34 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Hefts gehen wir her vor: Die russische Duma. Von K. K. — Marg. Artikel Ricardos. Von Gustav Schlein. — Die beiden Leidenschaften in Holland und der Parteidtag zu Utrecht. Von K. K. von der Ges. — Arbeitserbildung. Von Heinrich Schulz. (Schluß) — Literarische Rundschau: Gustav Stratos-Graumann, Geschichte des österreichischen Unterrichtswesens. Von Ph. Dr. Martin Glütinger. Die Karablinereien dienen, so hat er doch in seiner „Arbeiterzeitung“ als sogenannter Generalstreit nur die Absicht, ein gegnerisches Verhältnis aller Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Erscheinung zu bringen und eine Aenderung der bestehenden staatlichen Ordnung herbeizuführen. Das unter Berücksichtigung dieses Endzwecks eines Streiks die Inszenierung eines solchen eine öffentliche Angelegenheit darstellt, war nicht zu verneinen. Daß den Angeklagten das Bewußtsein, es handle sich vorliegend um eine Versammlung im Sinne des § 1 der Verordnung vom 11. März 1850, innewohnt hat, geht auch aus der vom Zeugen Hölter glaubhaft befundeten Aeußerung her vor, daß sie bei polizeilicher Anzeige der Versammlung kein Vorfall befürchtet haben würden, her vor. Ferner hat das Gericht auch aus dem Umstände, daß die Angeklagten erst von auswärts aufgetreten, gefolgert, daß es sich nicht nur um die Auflockerung der Arbeitsverhältnisse der hiesigen bestimmten Maurer handelt, sondern um eine generelle, die Allgemeinheit betreffende Angelegenheit.

Rembrandt-Album. Um anlässlich der dreihundertsten Wiederkehr von Rembrandts Geburtstage wenigstens einen Teil der Werke des großen holländischen Meisters auch dem arbeitenden Volle zugänglich zu machen, ist von dem Centraalcomité für die Rembrandtfeier in Amsterdam dieses Album herausgegeben worden, welches fünfzehn ausführliche Reproduktionen von sechs ausgewählten Werken des Meisters enthält. Den Gewerkschaften, Gewerkschaftsräten und sonstigen Arbeitvereinen wird das Album für 1 fl. — A. 1,70 geliefert. Dazu kommt Emballage und Fracht. Bedingung ist, daß der Verkaufspreis nicht höher als A. 2 sein darf. Die Bestellungen müssen möglichst bis 1. Juni und spätestens bis zum 15. Juni erfolgen. Verlag: F. W. Gerhard, Amsterdam, "Gravensoedelplein 25.

Der „Süddeutsche Postillon“, Verlag von M. Ernst, München, Nr. 11. Die Reichstagssitzungen werden im ersten Teil des Buches in zwei Vollbildern glossiert. Im einen unterthores der Bar selbst sein Todesurteil; im anderen führt er uns in seine „Muhschalle“, in der seine „Götzen“ Treppen und Böte zur Schau ausgestellt sind. Der „Süddeutsche Postillon“ ist zum Preise von 10 fl. in jeder Pariserbuchhandlung und bei den Kioskopäten erhältlich.

### Briefkasten.

Erfurt. Sehen Sie sich mal den § 31 o. des Statuts an, dann wissen Sie, warum wir Ihren Bericht nicht aufnehmen können.

Croppenstedt. Ihre Versammlungsanzeige ist uns erst nachträglich zu Gesicht gekommen, weil sie hinter dem Schluss des Berichts auf der anderen Seite des Briefbogens stand. Ebenen. Wird gelegentlich mit verwandt.

Weissenfels, O. G. Wir haben unseren Bericht erhalten, welche über Sperren u. w. werden stets benötigt; auch dieser wäre veröffentlicht werden, wenn wir ihn erhalten hätten.

D. in L. Es kommen da besonders die Werke von Engler, Büste und Gurkli in Betracht. Die von allen dreien herausgegebene „Geschichte der Baukunst“ umfaßt acht Bände, sie ist jedoch für breites Interesse kaum geeignet. Es wäre aber wohl das Werk von Büste, „Kritis der Geschichte der Baukunst“, zu empfehlen. Es können alle diese Werke in Stuttgart; Sie werden sie durch jede Buchhandlung bezogen können. Den Preis können wir Ihnen nicht verraten.

Wibek, S. M. Es sind damals 40 Exemplare an den Briefkasten gesandt worden.

Gräfenthal, O. G. Als witterfesten Anstrich für Schachsteine empfehlen sich vielleicht Schlesische Blausteine. Bezugssorte: Hans Hauenschild, Berlin NW 21, Dresdener Straße 4 B.

Schleswig, M. G. Die Anzeigen können wir leider nicht aufnehmen.

### Anzeigen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Totenfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile ist jetzt 14.)

Berlin. Am 18. Mai starb plötzlich unser Mitglied Friedr. Müller, 45 Jahre alt, an Herzkrankheit.

Am 15. Mai starb plötzlich unser Mitglied Emil Friedl im Alter von 28 Jahren durch Asthma.

— (Sektion der Pützer). Am 18. Mai starb unser Mitglied Karl Wiesener im Alter von 67 Jahren an Herzfehlern.

Güntersberg i. Rißg. Am 12. Mai starb unser Mitglied Friedr. Müller, 45 Jahre alt, an Herzkrankheit.

Frankfurt a. M. Am 18. Mai starb unser treuer Kollege Johann Pfell im Alter von 68 Jahren an Lungenerkrankung.

Gronau. Am 8. Mai starb unser treuer Verbandskollege Christian Hanekopp im Alter von 19 Jahren an Blinddarmentzündung.

Gießen. Dienstag, den 15. Mai, verschied nach langem, schweren Leiden unser treuer Verbandskollege Joh. Kröger aus Delfeld im 29. Lebensjahr an der Proletarierkrankheit.

Karlshafen-Zöllingen. Am 18. Mai starb unser treuer Verbandskollege Eugen Dehm aus Zöllingen im Alter von 35 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Karlshafen-Wörth. Am 19. Mai starb unser treuer Verbandskollege Joh. Adam Gerstner im Alter von 21 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Kronach. Am 11. Mai starb nach langem, schweren Leiden unser treuer Kollege Robert Jährend aus Leisnig im Alter von 55 Jahren an Lungenerkrankung.

Magdeburg. Freitag, den 11. Mai, starb unser Verbandskollege Friedrich Uhlenhut im Alter von 53 Jahren an Leberleiden.

Nambach. Am 5. Mai starb unser treuer Verbandskollege August Becker im Alter von 26 Jahren an Schwindfucht.

Teltow. Am 9. Mai starb unser Kollege Albert Bergert im Alter von 41 Jahren an Lungenerkrankung.

Wiesbaden. Am 17. Mai starb der Kollege Gustav Fey aus Kesselbach im Alter von 19 Jahren infolge eines Baumsturms.

Ehre ihrem Andenken!

### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

#### Verbandsversammlungen der Männer

Sonntagsabend, den 26. Mai.

Arlern. Abends 7 Uhr im Hotel „Zur Krone“.

Kahla. Versammlung.

Sonntag, den 27. Mai.

Schkeuditz. Nachm. 8 Uhr in Schkeuditzer Restaurant.

Zehdenick. Nachm. 8 Uhr bei Buchholz.

Velten. Nachm. 8 Uhr im Vereintotal.

Dienstag, den 29. Mai.

Stassfurt. Abends 6½ Uhr in „Wilhelmsköpf“. L.O.: Bohmert.

Mittwoch, den 30. Mai.

Berlin. (Bezirk Nordost) Versammlung mit Frauen bei Vorde, Neue Königstraße 7. L.O.: Vortrag vom Gen. Görner.

Donnerstag, den 31. Mai.

Berlin. (Bezirk Dorotheen-Vorstadt) Abends 8½ Uhr in den „Borsighallen“, Adlerstr. 6/7. Vortrag über: „Kapitalismus und Armut“.

Sonntagsabend, den 2. Juni.

Mittwoch, Abends 7½ Uhr in der „Gängerschule“. Sohnietzel und mitzubringen.

Sonntag, den 3. Juni.

Herzberg. Nachm. 1 Uhr bei Karché.

Letschin. Nachm. 8 Uhr bei Reigel.

Memmelsdorf. Nachm. 8 Uhr im Vereintotal. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Montag, den 4. Juni (2. Pfingstfeiertag).

Drlesen. Nachm. 8½ Uhr. Referent anwesend. Bücher sind mitzubringen.

Zentral-Krankenkasse der Männer usw.

Sonntag, den 3. Juni.

Herzberg. Nachmittags 2 Uhr bei Karché.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.